

# POLIZEI REPORT

G 6811  
ISSN 0937-5333

Nr. 98 · März 2009



BEZIRKSGRUPPE SÜDHESSEN IN DER GEWERKSCHAFT DER POLIZEI,  
POLIZEI-SOZIALHILFE HESSEN E.V. UND DER  
PSG POLIZEI SERVICE GESELLSCHAFT MBH HESSEN





## Liebe Kolleginnen und Kollegen,



Rolf Büttner

nach der Wahl gibt es für mich nur ein Fazit: Alles bleibt beim Alten.

Die Wähler haben entschieden, dass die Polizei

in Hessen weiter die meisten Wochenarbeitsstunden aller Polizeien in Deutschland leisten muss, Urlaubs- und Weihnachtsgeld gestrichen bleiben, keine Rückkehr in den Tarifvertrag der Länder erfolgt und die Polizeizulage nicht wieder ruhegehaltstauglich wird. Genau das haben die jetzt regierenden Parteien CDU und FDP schon vor der Wahl gesagt.

Ich erwarte in den nächsten Jahren noch weitere Einschränkungen, denn „die allgemeine Wirtschaftslage ist ja so schlecht“. Also wird der öffentliche Dienst „seinen Beitrag“ auf finanzielle Art leisten müssen. Tun wir doch gerne!

Trotz der Beteuerung und späten Erkenntnis, dass mehr Einstellungen bei der Polizei erfolgen müssen, ist die PSV noch nicht vollständig abgearbeitet. 200 Stellen wären noch zu viel da und müssten abgebaut werden, heißt es. Bemerkenswert hierzu ist die Äußerung des CDU-Vertreters bei der öffentlichen Beantwortung der GdP-Wahlprüfsteine, als er gefragt wurde, ob eine Reduzierung der Wochenarbeitszeit um wenigstens eine Stunde verhandelbar wäre: Das wäre nicht möglich, denn dann würden ja über Nacht rund 500 Stellen fehlen. Stimmt. Aber der Innenminister hat über Nacht durch die Erhöhung der Wochenarbeitszeit 1000 Stellen geschaffen. War das eventuell doch gelogen?

Weiter erwarte ich noch größere Einschnitte in das Personalvertretungsrecht. Dies hat die FDP auch schon durchblicken lassen.

Spannend wird auch die Frage nach weiteren „Zentralisierungen“ sein (auf Deutsch – Schließung von Dienststellen). Warten wir mal was noch kommt.

Auch die anstehenden Tarif- und Besoldungsverhandlungen werden spannend werden. Da Hessen nicht zur Tarifgemeinschaft der Länder gehört und nach dem Willen der Landesregierung auch in Zukunft nicht gehören soll, wird das, was im Bund passiert (Forderungen der Gewerkschaften nach 8% Besoldungserhöhung, mindestens aber 200 ) in Hessen nicht übernommen werden. Da klingen mir noch die Worte von Roland Koch bei der Föderalismusreform in den Ohren, jetzt könne er endlich seine Polizei besser stellen als der Rest des Bundes. Hat er doch schon gemacht: Höchste Arbeitszeit, kein Weihnachts-, Urlaubsgeld, Gehaltserhöhung von 2,4 %, usw.

Auch die kommende Dienstrechtsreform wird sehr spannend werden. Dazu ist aber ein nach meiner Meinung großer Wurf gelungen. Die drei Berufsvertretungen bei der Polizei in Hessen haben einen Kooperationsvertrag geschlossen, um mit einer Zunge reden zu können. Mehr dazu im Artikel „Gemeinsam sind wir stärker“.

Auf jeden Fall werden die nächsten Jahre harte Zeiten bringen. Darum wieder meine Aufforderung an EUCH: Steht zu EUREN Berufsvertretungen, lasst uns gemeinsam an einem Seil in eine Richtung ziehen. Beteiligt EUCH an Aktionen zu unser ALLER Vorteil.

Herzlichst, Euer Rolf Büttner

## Senioren-Seminar-Südhessen

### Einladung für alle GdP-Senioren mit Partner/in für den 24. April

Herzliche Einladung an alle GdP-Senior/innen der BZG Südhessen zu einem ersten

#### **Seminar am 24. April 2009 in der Gaststätte „Zum Erker“ in 65468 Trebur, Hauptstr. 1, Tel. 06147/91480, Beginn: 10 Uhr, Ende: 16 Uhr**

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, gemeinsam mit der „Polizei-Sozialhilfe Hessen e.V.“, Vorsitzender Oswin Karolus, haben wir ein erstes Seniorenseminar organisiert.

Wir wollen uns bei diesem Seminar zwanglos über die Seniorenarbeit in der BZG Südhessen unterhalten, wollen diskutieren und eure Wünsche erfahren.

Eingeladen zur Diskussion ist auch MdB Gerald Weiß, CDU, Vorsitzender des Ausschusses für Arbeit und Soziales, mit dem wir über die neueste Entwicklung der Seniorenpolitik auf Bundesebene diskutieren wollen. Eingeladen ist auch ein Fachmann für Kranken- und Pflegeversicherung, zwei Themen, die Senioren interessieren.

Anmeldungen, gerne auch mit Partner/in, an:

Norbert Weinbach, Lindenstr. 7, 64653 Lorsch, Tel. 06251-52889, Fax: 06251-587523, Handy: 0179-2988588, E-Mail:

Die Anmeldungen werden in der Reihenfolge des Eingangs berücksichtigt.

Norbert Weinbach

# Was ist uns die Polizei wert?

## Reges Interesse der Polizeibeschäftigten an Diskussion mit Landespolitikern



**Voller Saal. Auf reges Interesse seitens der Kolleg/innen stieß die GdP-Diskussion mit Landespolitikern im „Holiday Inn“ in Frankfurt. Weit über 200 Zuhörerinnen (unser Bild zeigt den Großteil davon) verfolgten die Diskussion und mischten sich auch ein. nw**

„Politiker kommen und gehen, die Polizei bleibt bestehen“. Mit dieser Feststellung eröffnete Frank Lehmann vom Hessischen Rundfunk die Diskussionsveranstaltung der GdP mit Landespolitikern im Hotel „Holiday Inn“ in Frankfurt, die auch Interesse von Funk, Fernsehen und Presse fand. Thema waren die „Wahlprüfsterne“ der GdP zur Landtagswahl. Im Grunde hatte sich daran nicht viel verändert gegenüber den Fragen zur Landtagswahl vor einem Jahr. Damals habe die GdP die verantwortlichen Landespolitiker mit der Postkartenaktion aber noch unter Druck setzen können, erklärte GdP-Landesvorsitzender Jörg Bruchmüller bei der Begrüßung. Zur Diskussion gekommen waren die sicherheitspolitischen Sprecher der Landtagsfraktionen, Peter Beuth (CDU), Günter Rudolph (SPD), Wolfgang Greilich (FDP), Jürgen Frömmrich (Grüne), Hermann Schaus (Linke).

### Bei Tarifforderungen nicht zurückstecken

Auch der GdP-Bundesvorsitzende Konrad Freiberg diskutierte mit. Er machte in einem Statement deutlich, dass die Zahl der Polizeibeschäftigten bundesweit um über 10.000 abgenommen habe. Angesichts immer neuer Aufgaben und der Zunahme von Gewalt, vor allem gegen Polizeibeamte, halte er diesen Stellenabbau für unverantwortlich. Die GdP habe die Innenministerkonferenz aufgefordert, dieses Phänomen wissenschaftlich untersuchen zu lassen und betroffene Kolleg/innen daran zu beteiligen. Er machte aber auch deutlich, dass die

Beschäftigten des öffentlichen Dienstes bei den anstehenden Tarifverhandlungen nicht zurückstecken wollten. Wer Milliarden ausgeben zur Rettung von Banken und Industriebetrieben, dürfe das Geld nicht bei den Beschäftigten einsparen. Wenn Geld für die Ackermänner da sei, müsse es auch für den öffentlichen Dienst da sein.

### Mehr Arbeit – weniger Personal

Landesvorsitzender Jörg Bruchmüller listete auf, dass bei der Polizei seit 1999 fast 1400 Stellen gestrichen worden seien, trotz gestiegener Anforderungen, auch im Bereich der geschlossenen Einsätze. Da helfe auch die Einführung einer „Laienpolizei“ (Freiwilliger Polizeidienst) nicht.

Die Zahlen der GdP könne man den Stellenplänen des Haushalts entnehmen, gab Bruchmüller die Quelle an. Die Zahl der Angestellten und Beamten im Innenministeri-

um sei in diesem Zeitraum von 227 auf 417 gestiegen, die Zahl der Beschäftigten habe alleine bei den Präsidien (Einzeldienst) um 823 abgenommen. Bouffiers Aussage „Mehr uff die Gass, weniger in die Stuben“ sei offensichtlich schief gegangen, eröffnete Frank Lehmann in seiner humorigen Art die Diskussion.

Den Politikern gab er aber noch ein Zitat von Goethe mit auf den Weg „Man muss etwas zu sagen haben, wenn man reden will.“ So richtig verstanden wurde es von den Angesprochenen aber nicht. Es wurde viel leeres Stroh gedroschen, was zu Unmutsbekundungen seitens der mehr als 200 Kolleg/innen führte, die aufmerksam der Diskussion folgten. Sie sparten aber auch nicht mit Beifall, wenn vor allem die Politiker von SPD, Grüne und Linke aufzeigten, was sie versucht hätten, was aber im vergangenen Jahr, trotz Mehrheit im Landtag (und ohne



**Auf dem Podium. Mit seiner humorvollen Art hatte Moderator Frank Lehmann (HR) Politiker und Gewerkschafter im Griff, v.l., Jörg Bruchmüller (GdP), Jürgen Frömmrich (Grüne), Peter Beuth (CDU), Frank Lehmann, Günter Rudolph (SPD), Wolfgang Greilich (FDP), Hermann Schaus (Linke), Konrad Freiberg (GdP). nw**





**Im Gespräch. GdP-Landesvorsitzender Jörg Bruchmüller, Moderator Frank Lehmann (HR), Bundesvorsitzender Konrad Freiberg, v.l., im Gespräch mit einer jungen Kollegin. nw**

Koalition) nicht geklappt habe, weil die CDU-Regierung es torpediert habe. Das war vor allem die Forderung nach Rückkehr in die Tarifgemeinschaft der Länder und die Rücknahme der 42-Stunden-Woche.

Das stehe auch in der Zukunft auf dem Programm. Die Vertreter von CDU und FDP, man konnte sie fast als Regierungseinheit verstehen, wollen auch künftig einen speziellen hessischen Tarifvertrag. Sie erteten Buhrufe, als sie von den erfolgreichen Tarifverhandlungen in den vergangenen Jahren sprachen. Was da im Hinterzimmer mit dem Beamtenbund ausgehandelt worden und per Gesetz verwirklicht worden sei, sei alles gewesen aber keine Tarifvertragsverhandlungen, konterte Jörg Bruchmüller. An die 42-Stunden-Woche wollen diese beiden Parteien auch nicht ran. Bei FDP-Mann Greilich klang sogar durch, dass es künftig wieder eine dreigeteilte Laufbahn geben könne. Nicht für alle Aufgaben der Polizei brauche man ein Fachhochstudium.

### **Zukünftig wieder mehr Polizist/innen**

Großes Gelächter entstand im Saal, als Peter Beuth von der CDU vorrechnete, dass die Rückkehr alleine zur 40-Stunden-Woche rechnerisch ein Minus von 530 Polizeibeamt/innen ausmache. Noch zuvor hatte er die GdP-Zahlen von den „virtuellen“ Polizisten (1100 durch die Anhebung der Wochenarbeitszeit von 38,5 auf 42 Stunden)

als falsch bezeichnet. Er und auch FDP-Mann Greilich hatten zuvor behauptet, die Polizei habe von 1998 bis heute rund 1200 Polizistinnen mehr. Unabhängig von dieser Aussage geben aber beide zu, dass man künftig mehr Polizist/innen einstellen müsse, um die Zahl der Pensionierungen aufzufangen. Da wirkten die Aussagen der anderen drei Sprecher schon glaubwürdiger, da sie auch im vergangenen Jahr schon mehr Personal gefordert hatten und die Zahlen der GdP nicht bezweifelten. Grünen-Sprecher Frömming hatte aufgrund eigener Recherchen seiner Fraktion diese Zahlen bestätigt.

### **CDU und FDP: Keine Mitbestimmung**

Kein Entgegenkommen seitens CDU und FDP wird es nach der Wahl auch bei der Änderung des Hessischen Personalvertretungsge-

setzes geben. Beide Parteien hatten gemeinsam die Mitbestimmung im HPVG gestrichen. Auch hier waren die Vertreter der anderen Parteien auf Seiten der GdP. „Wir werden die Mitbestimmungsrechte wieder einführen“, fasste Günter Rudolph (SPD) die Meinung der drei zusammen. „Wir sind keine Befehlsempfänger, wir wollen unsere Arbeitsplätze mitgestalten“, unterstrich Konrad Freiberg die GdP-Forderung nach Wiedereinführung der Mitbestimmung. „Wenn die Polizei demonstriert, dann sind das keine Krawallmacher (Aussage Bouffier in Kassel), sondern Bürger/innen, die ihre Grundrechte wahrnehmen“, schrieb ein Teilnehmer den konservativen Politikern in diesem Zusammenhang ins Stammbuch als Frank Lehmann mit dem Mikrofon durch die Reihen des Publikums ging und Meinungen erfragte. Ein anderer Teilnehmer machte seinem Frust gegenüber CDU und FDP Luft. „Die Polizei ist ihnen nichts wert, sie haben nichts dazu gelernt“. Antonio Pedron, Vorsitzender der JUNGEN GRUPPE, lud die Politiker ein, zu ihm nach Rüsselsheim zu kommen und mit ihm Nachtdienst zu machen, da könnten sie erfahren, was Polizeidienst ist.

### **Lebensarbeitszeit wird verlängert**

Die Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage wollen SPD, Grüne und Linke erhalten und wieder einführen, wo sie gestrichen worden ist. Das koste pro Jahr 300.000 Euro, hätten die Haushalter ausgerech-



**Publikumsmeinung. Frank Lehmann ging auch mit dem Mikro durch die Reihen der Zuhörer und fragte nach ihren Erfahrungen mit der Politik. nw**

net, so Günter Rudolf. Das könne man sicher noch verkraften. CDU und FDP blieben verschwommen. Das müsse im Zuge des neuen Dienstrechtsreformgesetzes geregelt werden, redeten sie sich heraus. Da wollen sie auch die Lebensarbeitszeit regeln. Peter Beuth (CDU) ließ vage erkennen, dass man wohl um eine Verlängerung auf 62 Jahre nicht herumkomme, da ja auch das Renteneintrittsalter um zwei Jahre angehoben worden sei. Ähnlich argumentierten auch die anderen Parteien, wollten aber einen Unterschied machen zwischen „Schichtdienst“ und Bürodienst. Lediglich Hermann Schaus (Linke) sprach sich radikal gegen eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit für die Polizei aus. Die Linke wolle auch keine Anhebung beim Rentenalter. So formulierte auch Konrad Freiberg die GdP-Forderung.

### **Technische Verbesserungen mit weniger Personal bezahlt**

Einig waren sich alle Parteien und die GdP, dass die technische Ausstattung der Polizei und der Fuhrpark erneuert worden seien. Nicht zugeben wollten CDU und FDP, dass das einerseits selbstverständlich sei, wie es ein Teilnehmer formulierte, weil man nicht mehr auf Schreibmaschinen schreiben könne. Andererseits hätten die Bediensteten diese Verbesserungen durch die Einführung der 42-Stunden-Woche und die Stellenstreichungen selbst bezahlt. Dass bei der technischen Umrüstung auch Geld verbrannt sei, wurde ebenfalls deutlich gemacht. Die Einführung von SAP sollte 50 Millionen Euro kosten. Heute sind es 850 Millionen Euro. Es wurde lebhaft und viel diskutiert, nicht nur über die hier angesprochenen The-

men und die GdP versprach, die Politiker an ihren Aussagen zu messen.

### **Polizei ist ein Gesamtkunstwerk**

Jörg Bruchmüller zeigte sich erfreut „dass die Hütte voll ist“. Das zeige, dass die Themen den Polizeibeamt/innen „unter den Nägeln brennen“. Dem CDU-Mann Beuth gab er mit auf den Weg, dass seine Partei über den Begriff der „Streitkultur“ nachdenken solle. Wenn Volker Bouffier der GdP sage: „Wer die Hitze nicht verträgt, der darf nicht an den Ofen“, dann dürfe er sich auch nicht beleidigt zurückziehen, wie nach der Postkartenaktion bei der Landtagswahl 2008. „Gehen sie auf die Polizei zu, zeigen sie, was sie ihnen wert ist“, forderte er die Politiker auf. „Polizei ist ein Gesamtkunstwerk, das von den Beschäftigten gebildet wird“.

Norbert Weinbach

## **Gemeinsam sind wir stärker**

### **Kooperation von GdP, DPoIG und BDK in Hessen beschlossen**

Wenn die berühmten alten Römer ein Land erobert hatten, versuchten sie ihre Macht zu festigen nach dem Motto „Divide et impera“ (Teile und herrsche). Bekanntestes Zeichen im Altertum war dazu das „Rutenbündel“ (das leider auch die italienischen Faschisten im Zweiten Weltkrieg als Symbol gewählt hatten). Den Wahrheitsgehalt, so die Geschichte, hat ein Vater seinem Sohn mittels eines Rutenbündels demonstriert. Das Rutenbündel als Ganzes konnte der Sohn nicht zerbrechen, dazu langte seine Kraft nicht. Der Vater aber zog Rutenzweig um Rutenzweig heraus und zerbrach sie. Am Ende lag das Rutenbündel zerbrochen auf der Erde.

Diese Geschichte ist auch die Geschichte der Arbeiterbewegung. Erst als sich die einzelnen Arbeiter zu einer Gemeinschaft zusammenschlossen, heute sagen wir, zu einer Gewerkschaft, da konnten sie gemeinsam ihre Ausbeutung verhindern, konnten Zug um Zug bessere Arbeitsbedingungen erkämpfen. Das gilt auch heute noch. Nur gemeinsam sind wir stark. Deshalb haben in Hessen GdP, DPoIG und

BDK ein Kooperationsabkommen beschlossen.

### **Gemeinsam in die Tarifaueinandersetzung**

Wer aufmerksam die Tarifaueinandersetzung des öffentlichen Dienstes verfolgt, sieht, dass DGB-Gewerkschaften wie GdP, Ver.di, GEW und andere gemeinsam mit der Tarifunion des Deutschen Beamtenbundes um Verbesserungen für die Beschäftigten streiten. Das wird in Hessen nicht anders werden.

In Hessen müssen wir aber alleine kämpfen, haben keine bundesweite Verstärkung hinter uns, da das Land Hessen aus der Tarifgemeinschaft der Länder ausgeschieden ist. Deshalb ist es umso wichtiger, gemeinsam um Gehalts- und Arbeitsverbesserungen zu kämpfen.

### **Föderalismusreform/ Dienstrechtsreformgesetz**

Es gibt aber noch einen wichtigen Grund: Die Föderalismusreform. Alle 16 Bundesländer müssen jetzt ihre eigenen Gesetze für Beamten/innen machen, müssen eine

Dienstrechtsreform durchführen. Das heißt, dass der hessische Gesetzgeber Fragen des Laufbahn-, Besoldungs- und Versorgungsrechts in eigener Zuständigkeit regeln muss. Was das heißt, haben uns die vergangenen Jahre gezeigt. Es gab Sonderopfer für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, die uns als Reform verkauft worden sind. Wer die politischen Inhalte der Koalitionsvereinbarung unserer beiden Regierungsparteien kennt (dabei muss man auch zwischen den Zeilen lesen), der weiß, dass das notwendige Dienstrechtsreformgesetz nicht nur die jetzige Rechtslage vom Bund auf das Land Hessen runter bricht. Wir müssen, auch bei der Polizei, weiterhin mit Einsparungen und Kürzungen rechnen.

Es geht um die Wochenarbeitszeit (42 Stunden), die Lebensarbeitszeit (62 Jahre), Beförderungen, Laufbahn- und Besoldungsrecht (Laufbahn „P“, Besoldung „P“) und auch um die Versorgung. Da sind auch unsere Pensionäre gefragt.

Weil diese Themen so wichtig ist und es notwendig ist, gegenüber der Landesregierung mit einer Stim-



me zu sprechen, haben GdP, DPoIG und BDK vereinbart, für die Dienstrechtsreform gemeinsame Positionen und Forderungen zu erarbeiten

und mit der Regierung, den politischen Parteien, zu verhandeln.

In dieser schwierigen Lage, sind alle Gewerkschaften über ihren

Schatten gesprungen, haben eine zielgerichtete Kooperation vereinbart, denn „Nur gemeinsam sind wir stark“. Norbert Weinbach

## Warnstreiks sind angesagt

### Landesregierung hat Tarifverhandlungen vertagt – keine Geld für Beschäftigte

Es wird hart werden, wenn es um die Tarifverhandlungen für das Jahr 2009 geht.

#### Unsere Forderungen sind bekannt:

8 % mehr Gehalt, mindestens aber 200 Euro verlangen die Gewerkschaften für alle Tarifbeschäftigten. Erhöhung der Ausbildungs-/Praktikant/innen-Vergütung um 120 Euro. Zeit- und inhaltsgleiche Übertragung auf den Bereich Beamt/innen, Anwärter/innen, Versorgungsempfänger/innen. Laufzeit 12 Monate.

Das klingt zunächst einmal viel, ist aber angesichts der Spartarifverträge und Nullrunden vergangener Jahre sicher nicht zu hoch gegriffen. Die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes haben ein Minus im Geldbeutel.

Wer mit Steuer-Milliarden die Wirtschaft ankurbeln will, wer Banken und Industriekonzernen unter die Arme greift, ihnen mehr Geld spendiert als sie am Aktienmarkt noch wert sind, der darf auch zu mehr Geld bei seinen Beschäftigten nicht Nein sagen.

Zunächst hat aber die Bundesregierung für die Tarifgemeinschaft der Länder (TdL) und für den Bund Nein gesagt.

Die hessische Landesregierung, die nicht der Tarifgemeinschaft der Länder angehört, hat ebenso Nein gesagt. Beim ersten Tarifgespräch war der Arbeitgeber Hessen nicht bereit, ein Angebot vorzulegen. Es kam die gleiche Ausrede wie beim Bund. „Im Hinblick auf die Finanzsituation sieht sich das Land nicht in der Lage, den Forderungen der Gewerkschaft nachzukommen“. Hinzu komme, dass so kurz nach der Landtagswahl noch keine Möglichkeit bestehe, in der Sache zu verhandeln. Nach der Bildung der neuen Landesregierung (CDU/FDP) am 5. Februar soll ein neuer Verhandlungstermin vereinbart werden.

Wer jetzt schon so argumentiert, riskiert einen Arbeitskampf. Erste Termine für Warnstreiks sind, wenn diese Zeilen erscheinen, bereits gelaufen. Der öffentliche Dienst wird, mit Blick auf den „sicheren Arbeitsplatz“ seitens der Landesregierung wieder einmal zum Buhmann gemacht. Er muss dafür büßen, dass

Politiker und Manager nicht mit Geld umgehen können.

Es geht um unser Geld. Dafür müssen wir kämpfen. Tarifbeschäftigte müssen zum Streik bereit sein, Beamt/innen müssen sie solidarisch unterstützen, müssen bei Tarifdemonstrationen dabei sein, auch die Senioren sind dazu aufgerufen. Es geht auch um das Geld der Versorgungsempfänger.

Freiwillig bekommen wir nichts. Wir müssen darum kämpfen, auch wenn uns der mediale Wind ins Gesicht bläst. Jammern alleine hilft nichts. Jetzt ist es Zeit, Nägel mit Köpfen zu machen.

Ver.di hat aufgezeigt, für wen verhandelt wird: 38.400 Angestellte, Arbeiter/innen, Azubis in der Landesverwaltung, 3800 bei der Stiftungsuniversität Frankfurt. 105.240 Beamt/innen des Landes Hessen, von Landkreisen, Städten, Gemeinden und den Sozialversicherungsträgern. Bei ihnen hat das Land seit 2006 (Föderalismus) eigene Gestaltungsmöglichkeiten, außerhalb von Tarifverträgen. nw

## „Jammerst Du noch oder streikst Du schon“?

### Solidaritätsaktion des GdP-Landesvorstands mit den Streikenden in Gießen

„Jammerst Du noch oder streikst Du schon“? stand auf einem Plakat beim Warnstreik der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes am Kirchplatz in Gießen. 400 bis 500 Beschäftigte, vorwiegend aus dem Universitäts- und Forstbereich, von Feuerwehr, Straßenmeisterei, Schulen und Regierungspräsidium waren in den Warnstreik getreten und hatten sich dort zu einer Protestkundgebung versammelt. Der GdP-Landesvorstand, der gemeinsam mit der Tarifkommission in Klein-Linden tagte, nutzte eine Sitzungspause, um den Streikenden



Die Solidarität der Polizei mit den Streikenden hob der GdP-Landesvorsitzende Jörg Bruchmüller in Gießen hervor.



**Einsam in der Demo-Masse, Peter Happ und Michael Schweikert**

die Solidarität der Polizei zu bekunden.

Landesvorsitzender Jörg Bruchmüller erinnerte in einer Rede an den Stellenabbau bei der Polizei, an die Erhöhung der Arbeitszeit und die Streichung von Zulagen. Er kritisierte die Schließung von Tankstellen, Kfz-Werkstätten und Kleiderkammern und er verurteilte auch die Abschiebung von Personal in Vermittlungsstellen, die Einführung des teuren Gebäudemanagements und den Ausverkauf von Polizeipräsidien nach fragwürdigen Renditegrundsätzen.

Acht Prozent mehr Lohn, mindestens 200 Euro, das sei nicht nur gerecht, sondern auch ein gutes Konjunkturprogramm in der jetzigen Finanz- und Wirtschaftskrise. Die Gewerkschaft der Polizei stehe solidarisch zu allen Beschäftigten im öffentlichen Dienst, versicherte Jörg Bruchmüller.

Christian Rothländer, Verhandlungsführer von Ver.di in der laufenden Tarifaueinandersetzung, hatte nicht nur die Forderungen erläutert, er verwies auch darauf, dass keine Friedenspflicht bestehe und ge-

streikt werden dürfe. Drohungen der Arbeitgeberseite seien ein Eingriff in die Tariffreiheit, prangerte er Versuche zur Einschüchterung des Personals im Universitätsbereich an.

Zahlreiche Vertrauensleute aus unterschiedlichen Bereichen erzählten von den Verschlechterungen, von Repression, von Arbeitsverdichtung und Outsourcing. Norbert

Wiese von der Feuerwehr Marburg brachte die Belastung des 24-Stundendienstes auf den Punkt: „Wo Bürger flüchten, müssen Feuerwehrleute eingreifen“.

„Wir wollen uns nicht verscheißen lassen“, rief Dieter Körner, Waldarbeiter von der IG BAU, der johlenden und pfeifenden Menge zu. Die „Operation düstere Zukunft“ habe für schwierigste Arbeitsbedingungen gesorgt. Jetzt sei Schluss. „Das war der erste Warnstreik. Nächste Arbeitskämpfe folgen, wenn ihr kein Geld rausrückt“, warnte er die Landespolitiker.

In ganz Hessen waren rund 4000 Beschäftigte des öffentlichen Dienstes an diesem Tag in einen Warnstreik getreten, um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen. Es sei ein Warnruf an den hartleibigen Innenminister, meinte Christian Rothländer zum Abschluss der Kundgebung. nw



**Zwei Brüder im Geiste, Jörg-Uwe Hahn und Roland Koch**

## „Wir sind keine Opferlämmer“

### 14.000 Beschäftigte des öffentlichen Dienstes beim Aktionstag in Hannover

„Wir sind keine Opferlämmer. Jetzt sind wir auch mal dran“, rief der Ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske den 14.000 Beschäftigten des öffentlichen Dienstes zu, die sich Anfang Februar auf dem Opernplatz in Hannover versammelt hatten. Es war auch ein bundesweiter Polizeiaktionstag mit vielen Fahnen der

GdP, mit den auffallend gelb-grünen Jacken oder den blauen Uniformen der norddeutschen Kollegen. Alle Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes waren gekommen, auch Mitglieder der Tarifunion des Deutschen Beamtenbundes, der DPoIG und des BDK. Von den Straßenwärtern bis zu den Mitarbei-

ter/innen der Universitäten war alles vertreten.

Beamte und Tarifbeschäftigte streiken gemeinsam, verwies Frank Bsirske auf die gleichzeitig laufenden Warnstreiks in mehreren Bundesländern. Der öffentliche Dienst dürfe nicht für die Abzocke geldgieriger und skrupelloser Banker und



Manager bezahlen. Die Arbeitgeber von Bund, Ländern und Kommunen hätten sich bei den ersten Tarifgesprächen nicht bewegt, hätten kein Angebot gemacht, die Forderungen der Ö-D-Gewerkschaften aber rundweg abgelehnt. Diese Herren sollten nicht glauben, dass die Beschäftigten mit Lammsgeduld warten und leiden, drohte Bsirske.

gen gesorgt. Ihr Credo: Leistung muss sich lohnen, habe Bankern persönliche Gewinne von mehreren hundert Millionen Euro eingebracht, auch durch eine verfehlte Steuerpolitik zugunsten der Reichen.

Dafür habe es im öffentlichen Dienst soziale Verschlechterungen

„Und viele Menschen haben durch Hartz IV Angst um ihre bescheidene Existenz“, fügte er hinzu.

## Die Schuldigen sollen bezahlen

Die Neoliberalen hätten den Staat benutzt als Synonym für Drangsalierung, Ineffizienz und Unfreiheit. Deregulierung und Privatisierung seien ihre Zauberworte gewesen. Jetzt, nach der Finanzkrise, sei der Staat, der Steuerzahler der Rettungsanker. Unternehmen hätten Rekordgewinne gemacht in Milliardenhöhe, Manager hätten Millionen eingesteckt, dazu noch Altersrenten von 500 bis 800.000 Euro jährlich. Sie hätten Verzicht gepredigt und sich die eigenen Taschen voll gemacht. Die öffentlichen Haushalte seien zum Teil auf dem Rücken der Beschäftigten saniert worden. Die Folgen der Finanzkrise brächten in Deutschland hunderttausende Arbeitsplätze in Gefahr, warf Freiberg den Unternehmern vor.

Die Rettungsschirme für Banken und Unternehmen und die Konjunkturpakete beliefen sich auf über 650 Milliarden Euro (der Bundeshaushalt umfasst etwa 440 Milliarden Euro), listete der GdP-Vorsitzende auf. Das müsse Konsequenzen haben. Im Strafrecht suche man den Schuldigen, um ihn zu bestrafen. Im Zivilrecht suche man den Verursacher, damit er den Schaden bezahlt. Es dürfe keine staatlichen Hilfen ohne Gegenleistung geben. Diejenigen, die den Schaden angerichtet hätten, müssten sich an den Folgekosten beteiligen. Wer Schutzschirme aus Hunderten von Milliarden für die Wirtschaft aufspanne, dürfe seine eigenen Beschäftigten nicht im Regen stehen lassen.

Die Argumentation der öffentlichen Arbeitgeber, die Tarifforderungen der Gewerkschaften seien über-



ÖFFENTLICHE HAND

**Treffend charakterisierte „unser Kollege“, der bekannte Karikaturist Jürgen Tomicek, die Tarifsituation im öffentlichen Dienst.**

### Wir wollen 8 % - mindestens 200 Euro

„In was für einer Welt leben wir eigentlich“, fragte der GdP-Bundesvorsitzende Konrad Freiberg in einer mit viel Beifall aufgenommenen Rede. Der globale Finanzmarkt implodierte, bringe die Welt in Unordnung. Das Bankensystem erleide einen Kollaps, weil skrupellose und geldgierige Finanzmanager die Menschen betrogen und Finanzprodukte in einer Größenordnung von vielen Billionen Euro vertrieben hätten, die keinen realen Wert gehabt hätten. „Diese so genannten innovativen Finanzprodukte entpuppen sich nun als stinkende Luftblasen. Das Rattenrennen nach Rendite ist vorerst gestoppt“, legte der GdP-Vorsitzende den Finger in die Wunde. Es sei der gesamte Club der Neoliberalen, dem man diese unglaubliche Situation zu verdanken habe. Sie hätten für Lohnkürzungen und Kürzungen der Sozialleistungen

gegeben:

- | Verlängerung der Wochenarbeitszeit
- | Verlängerung der Lebensarbeitszeit (Rente mit 67)
- | Reallohnverluste seit dem Jahr 2000
- | Streichung/Kürzung des Weihnachts-/Urlaubsgeldes
- | Kürzungen bei den Renten/Pensionen
- | Verschlechterungen im Gesundheitsbereich



**Ein Großteil der hessischen Demo-Teilnehmer links von der Bühne am Opernplatz, ganz rechts einige Südhessen.**



zogen, dafür sei kein Geld da, konterte Konny Freiberg:

- | Wir wollen keine 500 Milliarden wie die Banken
- | Wir wollen keine 100 Milliarden wie die Unternehmer
- | Wir wollen 8 %, mindestens 200 Euro mehr.

### In Hessen muss gekämpft werden

Eines muss den hessischen Beschäftigten aber auch klar sein. Das Land ist nicht mehr Mitglied in der Tarifgemeinschaft der Länder. Wir müssen eigene Tarifverhandlungen führen. Wir haben in den vergangenen Jahren gesehen, dass sich unsere Situation mit CDU/FDP und mit einer CDU-Alleinregierung verschlechtert hat, dass es weniger Stellen gegeben hat, dafür aber längere Arbeitszeiten, dass der Arbeitsdruck gewachsen ist, das Gehalt nicht nur nicht gestiegen, sondern noch unter der Inflationsrate geblieben ist. Wir sollten nicht glauben, dass mit einer erneuten CDU/FDP-Regierung alles besser wird. Das Gegenteil wird der Fall sein. Der öffentliche Dienst wird wieder einmal zum Sparschwein der Nation. Wir müssen uns warm anziehen, müssen kämpfen um unseren „sicheren“ Arbeitsplatz, auch wenn uns die Politiker und die Medien gerade diesen „sicheren“ Arbeitsplatz als Gegenargument wieder um die Ohren hauen werden.

Erst wurde auf unserem Rücken der Haushalt saniert. Jetzt müssen wir dafür Opfer bringen, dass die Neoliberalen (dazu gehören auch CDU und FDP) den Karren an die Wand gefahren haben. Wenn die Finanzkrise vorüber ist, haben die Politiker sicher wieder eine andere Ausrede, warum wir in der Gehaltsentwicklung hinter anderen herhinken müssen, zum Beispiel weil ja dann der Haushalt wieder saniert werden muss, weil ab 2020 im Grundgesetz eine Schuldenbremse für die Länder stehen wird.

Egal was passiert, wir sind immer die Gelackmeierten.

Lasst uns also jetzt kämpfen!

Norbert Weinbach



Auch der GdP-Bundesvorsitzende Konny Freiberg, rechts, sprach zu den 14.000 Demonstranten am Opernplatz.



Polizisten als Prügelknaben der Nation, herausgestellt von der KG Eckernförde.



Mehr Geld, ein gutes Konjunkturprogramm.



## Personalien

Wolfgang Link. Gleich in zwei freigewordene GdP-Funktionen rückte im Dezember der Frankfurter Bezirksgruppenvorsitzende Wolfgang Link nach. Zum einen wählte ihn der Landesvorstand für den pensionierten Heinz Homeyer zum Vertreter der GdP in den DGB-Bezirk Rhein-Main. Zum anderen wurde er für den durch Ruhestand ausgeschiedenen mittelhessischen BZG-Vorsitzenden Harald Dobrindt zum stellvertretenden Schriftführer im geschäftsführenden Landesbezirksvorstand (GLBV) gewählt. Damit ist Frankfurt nach mehreren Jahren Abstinenz wieder im geschäftsführenden Landesvorstand vertreten. Nw



**Wolfgang Link. nw**



**Harald Dobrindt. nw**

Harald Dobrindt. „Ich nehme Abschied von einem Amt, nicht von meiner GdP“, stellte Harald Dobrindt klar, als er im Dezember von seinem Posten als stellvertretender Schriftführer des GdP-Landesvorstandes zurück trat (sechs Jahre war er im Amt). Aus dem Polizeidienst war Harald Dobrindt bereits Ende November ausgeschieden. Der passionierte Pfeifenraucher ging 1967 zur Polizei, tat Dienst in Marburg-Cölbe, Kappel und bei der PAsT Herborn. Dort wurde er 1973 Personalratsvorsitzender und 1984 KG-Vorsitzender (bis 1997).

Von 1981 bis 2008 war er u.a. als Beisitzer im Vorstand der BZG Mittelhessen aktiv, war stellvertretender Vorsitzender und elf Jahre Vorsitzender (davon zwei Jahre Vor-

sitzender der BZG HPVkA), war Mitglied des Landesvorstandes und des Personalrats beim PP Gießen. nw



**Heinz Homeyer. nw**

Heinz Homeyer. In Pension ging jetzt Heinz Homeyer, gelernter Starkstromelektriker und vier Jahre Maschinist auf hoher See bei der Bundesmarine. 35 Jahre war er im Polizeidienst in Frankfurter, von 1982 bis 2007 Mitglied des dortigen Personalrats, von 1994 bis 2007 freigestellt, Mitglied im HPR, Mitglied des GdP-Landesvorstandes, von 1994 bis 2005 Vorsitzender der Bezirksgruppe Frankfurt, bis zu seiner Pensionierung Vertreter der GdP im DGB-Bezirk Rhein-Main und seit vielen Jahren einer der Macher des Frankfurter Polizeireports. Nw

## Wir suchen Deine Top-Story!

Bei der Polizei beschäftigt zu sein ist wahrlich kein Spaziergang. Bestimmt könnten viele über all die Belastungen und Gefahren stundenlang erzählen und seitenweise schreiben - unabhängig von ihrer Funktion und Tätigkeit bei der Polizei. Aber der Beruf hat bei weitem nicht nur Schattenseiten. Er ist durchaus interessant, anspruchsvoll und abwechslungsreich. Ganz sicher ist jeder schon mit einer besonderen Zufriedenheit nach dem Dienst nach Hause gegangen, hat sich über besondere Erfolge freuen können. Genau diese Fälle suchen wir, um auch einmal das Positive am Polizeiberuf ins Blickfeld zu rücken - die „Lichtblicke“ sozusagen.

Also, liebe Kolleginnen und Kollegen, schildert uns doch ein beeindruckendes Erlebnis aus eurem Berufsalltag, durchforstet gedanklich euren Dienst nach den schönen Seiten eures Berufes.

Eure Zuschriften und Fotos, falls ihr welche habt, wollen wir im Polizei-Report veröffentlichen. Wir sind auf eure Zuschriften gespannt.

Einsendeschluss des Leserwettbewerbs ist der 6. Juli 2009. Spätere Einsendungen können nicht mehr berücksichtigt werden, da Ende Juli Redaktionsschluss ist für den September-Report.

Als Anreiz für die Mühe des Schreibens sind die folgenden Preise ausgesetzt:

1. Preis: 150 Euro Reisegutschein der Polizei Service Gesellschaft (PSG)
2. Preis: 50 Euro Warengutschein Verlag Deutsche Polizei (VDP)
3. Preis: Einsatztasche der Firma Mehler im Wert von 45 Euro
4. und 5. Preis: Dienstausweisetui Kripo/Schupo im Wert von max. 15 Euro.

Für jede veröffentlichte Geschichte wird außerdem ein Zeilenhonorar bezahlt.

Eure Zuschriften sendet ihr bitte an:

Rolf Büttner, Gewerkschaft der Polizei, BZG Südhessen, Klappacher Straße 145, 64285 Darmstadt

oder per E-Mail an: [rg.h.buettner@online.de](mailto:rg.h.buettner@online.de)

Teilnehmerkreis: Ausschließlich GdP-Mitglieder der BZG Südhessen, also alle Tarifbeschäftigten,

Auszubildende, Beamte und Pensionäre, ausgenommen Vorstandsmitglieder. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. AP

## Aus dem Personalrat.....

### Fehlender Strafantrag seitens der Behördenleitung

Es ist in der Vergangenheit vorgekommen, dass von Seiten der Behördenleitung kein Strafantrag gestellt wurde, insbesondere bei Beleidigungsdelikten. Die Kolleg/innen waren auf sich selbst gestellt und mussten sich zu Unrecht manche Nachfrage von der Staatsanwaltschaft gefallen lassen. Vor der Justiz hat man, ohne den Strafantrag der Behördenleitung, öfters einen schwächeren Stand. In einem Fall wurde das Verfahren ohne Außenwirkung eingestellt.

Solche Vorfälle wurden dem Personalrat bekannt, so dass hier Klärungsbedarf bestand. Uns ist bewusst, dass nur zehn Prozent der Fälle überhaupt zur Anzeige gebracht werden. Von daher ist klar, dass hier nicht die Taten von Volltrunkenen angezeigt werden, sondern solche, die keine Toleranz erlauben. Von jugendlichen Serienstraftätern braucht man sich nicht beleidigen lassen.

Mit PP Gosbert Dölger wurde erörtert, dass jeder Vorgang zur Unterzeichnung auf seinem Tisch landet, jede Beamtin, jeder Beamte erhält ausnahmslos seine Unterstützung, sofern die Tatbestände erfüllt sind und die Strafanzeige inhaltlich korrekt über die Dienststelle eingereicht wurde. Hierbei sei erwähnt, dass, wenn im Sachverhalt mehrere Delikte begangen wurden, auch sämtliche Delikte zur Anzeige gebracht werden müssen!

Eine Generalamnestie für Jugendliche und Heranwachsende gibt es nicht. Eine Schlechterstellung der Kolleg/innen von Diensthöheren, weil er z.B. eine Beleidigungsanzeige fertigt, wird aufs Schärfste verurteilt.

Sollte also in Zukunft die eine oder andere Strafanzeige nicht von



Antonio Pedron

der Behördenleitung mitgetragen werden, dann bitten wir um rechtzeitige Kontaktaufnahme. Es kann sich durchaus auch einmal um ein Missverständnis handeln. Jedes GdP-Mitglied kann seine Interessen durch einen Rechtsanwalt vertreten lassen. Rechtsschutzanträge der GdP gibt es bei euren Kreisgruppenvorsitzenden.

### Verwarnungsgeldblock

Der „Flurfunk“ hat einiges an Irritationen herbeigeführt. Beim Verwarnungsgeldblock gibt es keine „Aufbrauchfrist“, die Beamt/innen zu beachten haben, d.h., man ist nicht gezwungen, den Block binnen einer „vorgeschriebenen“ Frist an den Bürger zu bringen, es sei denn, es wurde im Rahmen einer Zielver-

einbarung besprochen. Selbstverständlich ist es durchaus möglich, einen Verwarnungsblock innerhalb einer Woche oder eines Jahres aufzubrauchen - „freie Bahn für alle Tüchtigen“. Augenmaß nicht vergessen. Man muss sich allerdings nach einem Jahr auch einmal die Frage gefallen lassen, ob man sehr passiv mit dem Sanktionsmittel Verwarnungsblock umgeht.

### Stellenbesetzung durch „Casting“

Wir arbeiten zurzeit an einer einheitlichen Verfahrensweise für das PP Südhessen.

### Dienstplanänderung durch Flughafenausbau

Dem Personalrat ist nicht bekannt, dass nach dem 31. März 2009 der Vier-Schichtenplan wieder eingeführt werden soll. Der „Flurfunk“ hat auch hier für einige Irritationen gesorgt. Die GdP hat den Innenminister gebeten, hierzu eine Klarstellung abzugeben. Ab dem 1. April läuft, sofern die Lage „Flughafenausbau“ behoben wurde, alles wie bis zum 11. Januar 2009.

Für die GdP-Vertreter im Personalrat, Antonio Pedron

**Zwei Dinge sind unendlich, das Universum und die menschliche Dummheit. Aber bei dem Universum bin ich mir noch nicht ganz sicher. Albert Einstein**

## Besoldungs-/Vergütungstabellen

Die GdP hat keine Besoldungs-/Vergütungstabellen drucken lassen. Wer nachschauen möchte, was er verdient/verdienen sollte, wer Fragen hat zu den Tarifverhandlungen, kann auf die Homepage der GdP gehen:

[www.gdp.de/hessen](http://www.gdp.de/hessen)

Dort gibt es mehr zu sehen als nur Tabellen. Hier kann jeder reinschauen, ohne ein Codewort oder eine Schlüsselnummer. nw



# Gewerkschaftswerbung per E-Mail

## Wegweisendes Urteil des Bundesarbeitsgerichts

Abgewiesen hat das Bundesarbeitsgericht jetzt die Klage eines Dienstleistungsunternehmens mit der dieses Unternehmen der Gewerkschaft ver.di die Versendung von E-Mails an die betrieblichen E-Mail-Adressen seiner Mitarbeiter untersagen lassen wollte. Vorinstanzen hatten dem Unternehmen zunächst Recht gegeben. Das höchstrichterliche Urteil ist nun verbindlich und gilt auch für den öffentlichen Dienst. (Bundesarbeitsgericht, Urteil v. 20.1.2009, 1AZR 515/08, Vorinstanz: Hess. Landesarbeitsgericht, Urteil v. 30.4.2008, 18 Sa 1724/07).

Die Pressestelle des Bundesarbeitsgerichtes schrieb dazu, dass eine tarifzuständige Gewerkschaft (im öffentlichen Dienst ist dies unter anderem die GdP) sich an Arbeitnehmer/innen über deren betriebliche E-Mail-Adressen mit Werbung und Informationen wenden darf.

Dies gelte auch, wenn der Arbeitgeber den Gebrauch der E-Mail-Adressen zu privaten Zwecken untersagt habe. „Die Entscheidung einer Gewerkschaft, Arbeitnehmer auf diesem Weg anzusprechen, ist Teil ihrer durch Art. 9 Abs. 3 Satz 1 GG geschützten Betätigungsfreiheit. Soweit dabei Grundrechte des Arbeitgebers berührt werden, sind die kollidierenden Rechtspositionen gegeneinander abzuwägen. Das durch Art. 14 Abs. 1 GG geschützte Eigentumsrecht des Arbeitgebers und sein von Art. 2 Abs. 1 GG erfasstes Recht am eingerichteten und ausgeübten Gewerbebetrieb haben gegenüber der gewerkschaftlichen Betätigungsfreiheit zurückzutreten, solange der E-Mail-Versand nicht zu nennenswerten Betriebsablaufstörungen oder spürbaren, der Gewerkschaft zuzurechnenden wirtschaftlichen Belastungen führt“.

Gemeint sind damit sicher nicht Betriebsstörungen, die durch einen Streikaufruf entstehen. Es könne sich dabei nur um eventuelle technische Störungen handeln, interpretiert Christian Rothländer von ver.di diese Passage. Das kann passieren, wenn wir die Mail-Adressen zumüllen würden und sonst kein Mail-Verkehr mehr zustande käme. Vorbehaltlich der Lektüre des vollständigen Gesetzestextes, so Rothländer, werde man nach Maßgabe dieser Entscheidung auch Streikaufrufe als zulässig einstufen können. Vom Urteil sind ausdrücklich „Werbung und Information“ erfasst.

Auf Persönlichkeitsrechte der Arbeitnehmer kann sich der Arbeitgeber im Rahmen eines deliktischen Unterlassungsanspruchs gegenüber der Gewerkschaft nicht berufen.

nw/gdp

## Eigensicherung vor Gericht

### Wie ich überzeuge und mich vor Gericht schütze



**Gut besucht war das Seminar „Eigensicherung vor Gericht“, durchgeführt von der Jungen Gruppe. ap**

Rund 100 Kolleg/innen nahmen Mitte Dezember an einem Fachvortrag der Jungen Gruppe Hessen bei der HBP in Mainz-Kastel teil. Referent war StA Wolf Jördens von der Wiesbadener Staatsanwaltschaft.

Dass sich Theorie und Praxis oftmals sehr unterscheiden, ist nichts Neues. Trotzdem kommt es immer wieder zu Reibungspunkten. Peinlich wird es, wenn eine Polizeibeamtin oder ein Polizeibeamter, als Zeu-

ge vor Gericht, von der Verteidigung oder vom Richter ausgezählt wird. Das ist nicht nur peinlich, sondern auch ärgerlich, wenn es aufgrund dieser Fehlleistung zu einer mildereren oder gar zu keiner Verurteilung kommt.

Der geneigte Leser wird sich wohl an seine eigenen Erfahrungen vor Gericht erinnern. In vielen Situationen hätte es sicher besser laufen

können. Fatal, sich dann selbst auf der Anklagebank zu sehen.

#### **Richter und Staatsanwälte haben eigene Denkweise**

StA Jördens beschrieb in seinem Vortrag die Vorgehens- und Denkweisen von Presse, Rechtsanwälten und Richtern. Er gab nähere Einsicht in die Arbeit der Staatsanwaltschaft und konnte anhand eigener Verfahren sehr praxisnah Problemfälle schildern und gleichzeitig Lösungsansätze liefern. Einer dieser Problemfälle ist, dass viele Richter und Staatsanwälte eine eigene Vorstellung von Polizeiarbeit haben, wie z. B. ein Notzugriff funktioniert oder unmittelbarer Zwang bei Fahrzeugkontrollen angewendet wird. Trotz rechtmäßiger Amtshandlungen kann es zu einem eigenen Strafverfahren kommen. Die Folgen sind bekannt. Eine rhetorische und taktische Dokumentation des polizeilichen Handelns ist empfehlenswert, um im Berichtswesen Fehler zu vermeiden.

## Umfassende Berichte notwendig

Die Staatsanwaltschaft benötigt eine genaue und umfassende Beschreibung der polizeilichen Lage; empfehlenswert ist immer das Fertigen von Fotos. Weniger ist in diesem Fall also nicht mehr! Ziel ist es, die Justiz mit vielen Informationen zu versorgen und diese entsprechend zu sichern, damit in einer späteren Verhandlung die Verteidigung keine Möglichkeit erhält, Tatsachen aus unseren Berichten infrage zu stellen und unsere Arbeit schlecht zu reden.

Die Kolleg/innen nutzten die Gelegenheit, zahlreiche Fragen zu stellen. Dieser Artikel soll neugierig machen auf weitere Seminare, die in der Planung sind. Die JUNGE GRUPPE und die GdP-Kripokommission werden die Fachvorträge rechtzeitig ankündigen.



**Antonio Pedron, links, und Sandra Temmen bedankten sich bei Staatsanwalt Wolf Jördens mit einem Polizei-Teddy. ap**

Wir bedanken uns bei allen Dienststellenleitern, die ihren Mitarbeiter/innen genehmigt haben, an dieser Veranstaltung teilzunehmen. Ein ganz besonderer Dank gilt dem „Hausherrn“, dem Abteilungsleiter

der I. HBPA, Dieter Schulz, der ermöglicht hat, den Fachvortrag in Räumlichkeiten der I. HBPA durchzuführen.

Antonio Pedron  
(Junge Gruppe Hessen)

# DGB: Abschaffung des Beamtentums!?

## Böse und unwahre Gerüchte verunsichern viele neue Kolleg/innen

Im September 2008 wurden an den vier Standorten der VFH unsere neuen Kolleginnen und Kollegen durch die Gewerkschaften begrüßt. Wir, die GdP, freuen uns über den überdurchschnittlichen Zulauf. Wie jedes Jahr stellten sich alle drei Gewerkschaften und Berufsvertretungen vor.

Leider mussten wir wieder einmal feststellen, dass im Rahmen des Wettbewerbs bei anderen Gewerkschaften die Phantasie keine Grenzen kennt. Ein Dozent in der A16 rät, grundsätzlich nicht in Gewerkschaften einzutreten. Warum sollte er auch dazu raten, er hat schließlich ausgesorgt!

Ein anderer behauptet, dass der DGB für die Abschaffung des Beamtentums ist und deshalb eine Mitgliedschaft im Beamtenbund ratsamer wäre. Also nicht in die GdP. Es sei hier ein für allemal geklärt, dass eine Abschaffung des Beamtenstatus, konkret für Polizeivollzugsbeamte/Hoheitsträger, nie in Erwägung gezogen wurde und auch nicht wird.

In unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung findet

sich u.a. das Beamtenrecht. Es ist Teil des „Besonderen“ und beinhaltet die Begründung des Beamtenverhältnisses sowie Rechte und Pflichten der Beamt/innen in Deutschland. Der Beamte steht zum Staat in einem . Während seiner Dienstzeit ist der Beamte einer gesteigerten Bindung an den Staat ausgesetzt, die in ihrer Intensität über die normale Bindung des Bürgers an den Staat hinausgeht. Der Beamte steht also in besonderer Nähe des Staates. Er ist dessen Repräsentant. Eine Abschaffung des Beamtentums für Polizeibeamt/innen ist umso mehr ein dummes Gerücht. Das hat auch nichts damit zu tun, dass die Politik beabsichtigt, in einigen Jahren (2012?) neu einzustellende Beamt/innen in die Sozialversicherung zu übernehmen.

### Nötiger Respekt

Respekt wird in der GdP groß geschrieben. Dies wird leider nicht überall so gesehen, geschweige denn praktiziert. Mitbewerber schrecken nicht davor zurück, die GdP in ihren Publikationen abzuwerten und schlecht zu reden, nur weil sie im Dachverband des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB)

ist. Hierbei werden bewusst andere Berufsgruppen wie Frisör, Bäcker und Metzger erwähnt, um zu verdeutlichen, dass Polizei mit „denen“ nichts zu tun hat. Wie unverschämt und respektlos muss man sein, wenn man damit Werbung macht?

Wir (die GdP) haben Respekt und schätzen die ehrliche Arbeit anderer Menschen, unabhängig von Herkunft, Geschlecht und Berufsgruppe. Mit anderen Worten: Wir sind dankbar für jeden modischen Haarschnitt vom Frisör, für die leckeren Frikadellen beim Metzger und die tollen Backwaren vom Bäcker. Welche Kollegin oder welcher Kollege versorgt sich, innerhalb und außerhalb des Dienstes, nicht beim Bäcker oder beim Metzger?

### Gemeinsame Interessen - Kraft und Schlagfähigkeit

Die GdP ist dem DGB beigetreten, weil sie im Verbund mit anderen abhängig Beschäftigten aus allen Bereichen der Arbeitswelt gemeinsam diejenigen Interessen vertreten wollten und wollen, die uns allen gemeinsam sind. Unsere Gemeinsamkeiten reichen von Umweltfragen bis zu den allermeisten sozialen Fra-



gen des täglichen Lebens. Die sind nämlich oft nicht berufsspezifisch, sondern treffen für alle zu. Außerdem bieten sich hier für Beamt/innen viele Synergien mit Menschen von gleichem Status, die als Beamte bei Verdi, als Lehrer bei GEW oder als Eisenbahner in der Bahngewerkschaft organisiert sind.

In der Regel wurde die Besoldung erhöht, wenn auch die Löhne und Gehälter in der freien Wirtschaft erhöht wurden. Gemeinsam in Solidarität ist man stärker. Über den DGB mit über sechs Millionen Mitgliedern ist die GdP an allen Gesprächen mit der Politik beteiligt. Zu Fragen der Inneren Sicherheit spricht die GdP für den DGB und findet sowohl bei der Politik als auch bei den Medien Gehör.

### **Nachahmung - die einfachste Form des Lernens**

In Erinnerung rufen möchten wir, dass die GdP, anders als andere Organisationen, von Beginn an Angestellte und Arbeiter organisiert hat. Eine für alle eben. Ohne Tarifbeschäftigte ist man nicht kampffähig. Das haben auch „die Anderen“ bemerkt und mussten nachziehen. Es stellt sich somit die Frage, welchen Stellenwert Tarifbeschäftigte in einer (reinen) Vereinigung von Beamten haben? Es sollte erwähnt werden, dass der Beamtenbund insgesamt nur 1,25 Mio. Mitglieder hat.

### **Polizei - eine Berufung - ein Leben lang**

Wer heute in den Polizeidienst geht, muss sich bewusst werden,

dass er lebenslang dabei bleibt. Es gibt auch Ausnahmen, aber die bilden eine Minderheit. Unabhängig welche Partei oder Koalition in der Regierungsverantwortung steht, sie kommen und sie gehen - wir bleiben im Dienst. Wie die Zukunft aussehen wird, kann keiner sagen, aber wir garantieren, und das ist unsere Überzeugung, dass wir uns stets mit Kompetenz und Entschlossenheit für unsere Mitglieder einsetzen. Mit fast 12.000 Mitgliedern ist die GdP Hessens stärkste Berufsvertretung für die Polizei - seit über 58 Jahren. Die Personalratswahlen im Mai 2008 und der Zulauf unserer neuen Kollege/innen haben es wieder bewiesen. Danke für euer Vertrauen.

Birgit Pientka/Antonio Pedron/JUNGE GRUPPE

## **Petra Weyrauch spielte den besten Skat**

### **Wanderpokal des Skat-Turniers 2008 ging an Herbert Witteborg**

Mit gesteigener Teilnehmerzahl, im Vergleich zum Vorjahr, wurde im November das Skat-Turnier 2008 der Kreisgruppe Groß-Gerau in der Gaststätte „Zur Krone“ in Rüsselsheim-Königstädten durchgeführt. Unter den Teilnehmern befanden sich nicht nur Mitglieder und ihre Angehörige, auch Nichtmitglieder waren gekommen, ebenso wie Vorjahressieger Werner Geisser, der auch brav den Wanderpokal wiederbrachte. Die Startgebühr betrug nur fünf Euro. Jede verlorene Partie kostete 50 Cent.

Wenn man sich nach einem Tagdienst etwas vornimmt, kommt mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit noch etwas dazwischen. Jeder kennt das. Mit einer Übungsrunde spielten sich die Teilnehmer in der „Krone“ warm. Sie warteten nämlich auf den Kollegen Christian Angermair, der noch kurz vor Dienstschluss einen Verkehrsunfall gefangen hatte.

#### **Wertvolle Preise**

Zu gewinnen gab es einen Fresskorb im Wert von 50 Euro, einen MP-3-Player im Wert von ca. 30 Euro und eine elektrische Zahnbürste (20 Euro). Jeder Teilnehmer gewann einen Trostpreis, darunter Spirituosen, DVD, Tee, Polizeiteddys,



**Die Sieger des Skatturniers, v.l., Herbert Witteborg, Petra Weyrauch, KG-Vorsitzender Toni Pedron, Jürgen Führer und das Schlusslicht, Ralph Cezanne. ap**

Gutscheine der Firmen Shell und Douglas. Der Letztplatzierte gewann traditionsgemäß ein Glas Gurken. Grundsätzlich galt, dass sich jeder Teilnehmer seinen Preis aussuchen konnte. Dank der Unterstützung vom Bundesligaprofi und Skat-Schiedsrichter Jürgen Führer, Pst. Kelsterbach, ist das Turnier reibungslos verlaufen. Auch im vergangenen Jahr hatte er das Turnier geleitet.

#### **Sieger wurde eine Frau**

Mit 1784 Punkten belegte unsere GdP-Angehörige Petra Weyrauch den ersten Platz. Nur einen Punkt weniger hatte unser Pensionär Her-

bert Witteborg gespielt, was ihm Platz zwei einbrachte. Er bekam auch den Wanderpokal, weil der nur von einem Kollegen gewonnen werden kann. Den dritten Platz belegte mit 1584 Punkten Jürgen Führer. Die weiteren Platzierungen: 4. Christian Angermair (Pst. Rüsselsheim) 1494 Punkte, 5. (838 Punkte) Kreisgruppenkassierer Jörg Denker (DVS-Nord). Das Glas Gurken gewann mit insgesamt hart erkämpften 67 Punkten der von Funk und Intranet bekannte Fußballcoach der PSt Rüsselsheim, Ralph Cezanne, alias „Gonzo“. Die Kreisgruppe Groß-Gerau bedankt sich für die rege Teilnahme. Fortsetzung folgt.

ap

# Beim Personal gibt es keinen „Speckgürtel“ mehr

## Gewerkschaft der Polizei bemängelt fehlende Kräfte im Schichtdienst

Gut besucht war im Dezember die Jahreshauptversammlung der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Kreisgruppe Bergstraße, in der Gaststätte „Am Stadtgraben“ in Heppenheim. Dabei ehrte der stellvertretende Landesvorsitzende Jörg Schumacher sieben Mitglieder für ihre langjährige Zugehörigkeit zur GdP. Geehrt wurden für 25 Jahre Michael Diehl, Michael Hilsdorf, Uwe Kiewitt, Sabine Saal, für 40 Jahre Ewald Folz und für 50 Jahre Gerhard Mrotzek und Wilfried Geyer. Alle Geehrten erhielten eine Urkunde, eine Ehrennadel und von ihrer KG ein Präsent. Jörg Schumacher verwies in seinem landespolitischen Bericht darauf, dass die Behauptung der GdP, es fehlten 1000 Einsatzkräfte, trotz aller Dementis von Polizeipräsidenten und dem Innenminister nicht widerlegt seien. Als Beispiel nannte er das Polizeipräsidium Südosthessen (Offenbach/Main-Kinzig-Kreis) wo man im Schichtdienst ein Minus von 95 Polizeibeamt/innen habe. Viele Kräfte seien in groß angekündigten Sondereinheiten verschwunden wie der AG Graffiti oder im Projekt „Prävention“. Nach außen hin tue der Innenminister so, als gebe es dafür neue Kräfte. Sie würden aber aus dem Bestand genommen. Man könne zwar ein bisschen an Schrauben drehen, um die Situation nach außen erträglicher erscheinen zu lassen, an der Gesamtsituation ändere das aber nichts. Das gelte nicht nur für Polizeibeamt/innen, sondern auch für Tarifbeschäftigte, unterstrich er. Der stellvertretende Kreisgruppenvorsitzende Michael



**Im Rahmen der Jahreshauptversammlung der Kreisgruppe Bergstraße der Gewerkschaft der Polizei in Heppenheim ehrte der stellvertretende Landesvorsitzende Jörg Schumacher, rechts, zahlreiche langjährige Mitglieder, v.l., Wilfried Geyer (50 Jahre), Michael Hilsdorf (25), Sabine Saal (25), Michael Diehl (25), Uwe Kiewitt (25), Gerhard Mrotzek (50), Ewald Folz (40). nw**

Schweikert, der die Versammlung leitete, kritisierte die Personalpolitik der seitherigen CDU-geführten Landesregierung. Jetzt, wo Neuwahlen anstünden, versprächen die konservativen Politiker, wieder mehr Polizeibeamte einstellen zu wollen. Als die GdP vor einem Jahr mit ihrer Postkartenaktion auf die Personalmisere aufmerksam gemacht habe, sei das vom Innenminister vehement bestritten worden. Er operiere auch heute noch mit falschen Zahlen. Vor allem der Schichtdienst, also der Dienst, der den Bürgern rund um die Uhr zur Verfügung stehe, sei ausgedünnt worden. Der Leistungsdruck werde immer größer. Auch wenn beim Polizeipräsidium Südhessen und auch im Bereich der Polizeidirektion Bergstraße noch immer sehr gute Arbeit geleistet werde, dürfe man nicht vergessen, dass das auf Kosten der Gesundheit der Kollegen

und Kolleginnen gehe. Mit Sorge betrachte die GdP die sich jetzt abzeichnenden Großeinsätze zur Waldrodung am Frankfurter Flughafen. Dann werde der Dienst rund um die Uhr von fünf auf vier Schichten heruntergefahren. Es werde zusätzliche Belastungen geben und zusätzliche Überstunden. Da dürften alle Polizeibeschäftigten gespannt sein, wie die anstehenden Tarifverhandlungen ausfallen, ob eine neue (oder amtierende) Landesregierung sich da wenigstens nicht kleinlich zeige. Polizeipräsident Gosbert Dölger, der der Versammlung beiwohnte, bestritt nicht, dass es eine gewisse Personalverknappung gegeben habe. Man habe aber durch die Bildung von „Operativen Einheiten“ (OPE) und andere Maßnahmen in der polizeilichen Kriminalstatistik sehr gute Ergebnisse aufzuweisen. Diese Meinung vertrete er auch „nach oben“, versicherte er. Er verwies aber auch darauf, dass seiner Ansicht nach die Polizei noch nicht optimal organisiert sei, dass man durch strategische und taktische Maßnahmen das Personal besser einsetzen und dann auch noch bessere Erfolge erzielen könne. Neben der OPE sollte man bei einem Polizeipräsidium auch einen geschlossenen Einsatzzug haben, der für besondere Einsätze zur Verfügung stehe und den Schichtdienst entlaste. Einfach sei das nicht, weil es keinen „personellen Speck-



**Die Aktiven – meistens noch im Dienst. nw**



gürtel“ mehr gebe. Für ihn gelte aber die Devise, „das Beste aus der Situation zu machen“. Auch wenn die GdP-Forderungen seiner Meinung nach manchmal ein wenig überzogen seien, so sei es doch notwendig, eine starke Gewerkschaft zu haben, die von ihrer Seite aus mit der Politik verhandle.

### Die Kasse stimmt

Dem Bericht von Kassenwartin Ingrid Domsel war zu entnehmen, dass Mitgliedsbeiträge und Malbuchaktion das meiste Geld in die Kasse der Kreisgruppe bringen. Ausgegeben wurde es für besondere Aktionen und für ein Weihnachtsgeschenk (Tasse mit Namen) an alle aktiven Mitglieder. Für die Senioren



**Der Tisch der Pensionäre. nw**

gab es ein Allzweckwerkzeug. Charly Jungmann verlas den Bericht der Kassenprüfer, die keine Beanstandungen gefunden hatten. Die Kassenwartin wurde einstimmig entlastet. Wilfried Seibel gab be-

kannt, dass er mit der Heppenheimer Winzergenossenschaft einen zehnzehnten Rabatt für GdP-mitglieder ausgehandelt habe beim Weinkauf. nw

## Wanderpokal im Besitz von AH 72

### Wettkampf der Kegelsenjoren des Clubs AH 72 und der Polizeipensionäre



**Den Wanderpokal des „Walter-Heil-Gedächtnis-Turniers“ überreichte Pensionärspräsident Wilfried Seibel, v.l., bei der Siegerehrung dem AH 72-Vorsitzenden Helmut Sturm, daneben die beiden besten Kegler, Bernhard Kaiser und Walter Hesse. nw**

Zum dritten Mal trafen sich die Kegler der Pensionärsvereinigung der Bergsträßer Polizei mit dem Heppenheimer Alte-Herren-Kegelclub AH 72 zum „Walter-Heil-Gedächtnis-Turnier“. Dieses Turnier zur Erinnerung an den ehemaligen langjährigen Polizeichef von Heppenheim und des Kreises Bergstraße, wird einmal im Jahr auf der alten Kegelbahn im Saalbau ausgetragen. Die Bahn, die nach der Jahrhundertwende zu Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts als offene Kegelbahn gebaut und einige Jahre später überdacht wurde, ist damit noch älter als die Kegler, deren Alter bei 60 beginnt und bei 80 noch nicht aufhört. Auch bei dem dritten Aufeinandertreffen hatten die „Polizisten“ wieder das Nachsehen und unterlagen mit 503

zu 565 Holz. Zehn Wurf in die Vol-len und zehn zum Abräumen, das waren die Bedingungen. Auf beiden Seiten waren neun Kegler am Start. Bester Mann bei den Polizeipensionären war Karl Schäfer mit 43 Holz (46/17), schlechtester Spieler war Norbert Ferdinand mit 46 Holz (38/8). Er ist noch neu im Kreis der Kegler. Das beste Ergebnis bei der AH 72 spielte Bernhard Kaiser mit 78 Holz (53/25). Das schlechteste Ergebnis des Tages warf Adolf Weber mit 42 Holz (33/9). Für ihn gab es eine Flasche Wein als Trostpreis. Dem besten Spieler des Tages überreichte Pensionärspräsident Wilfried Seibel einen großen Polizeiteddy. Für den zweitbesten Kegler, Walter Hesse von der AH 72, gab es einen kleineren Teddy. Bei der Begrüßung erinnerte Wilfried Seibel

an Walter Heil, der 26 Jahre lang Mitglied bei den Polizeipensionären gewesen sei. Durch seine Mitgliedschaft bei der AH 72 habe er beide Hobbykeglerclubs zueinander geführt. Alle Sportler erhoben sich zu Beginn des Matches zu einer Schweigeminute für den vor drei Jahren verstorbenen Walter Heil. Wilfried Seibel überreichte bei der Siegerehrung den Wanderpokal an den Vorsitzenden der AH 72, Helmut Sturm. Er gehe nun, nach dem dritten Sieg in Folge, endgültig in den Besitz der AH 72 über. Helmut Sturm freute sich über den erneuten Sieg, bedankte sich für das faire Match und versprach, einen neuen Wanderpokal zu besorgen. Er hoffe, dass es noch viele Turniere zwischen den beiden Kegelclubs geben werde. nw



**Auch wenn Wilfried Seibel dem Rechner von AH 72 kritisch zuschaut, die Addition der Zahlen stimmt. nw**



# Feiern in gemütlicher Runde

## Herbsttreffen der Bergsträßer Pensionärsvereinigung



**Zu einem Gruppenfoto mit Gästen stellten sich die Teilnehmer am Herbsttreffen der Bergsträßer Polizeipensionäre. ws**

Immer im Herbst treffen sich die Mitglieder der bergsträßer Pensionärsvereinigung mit Partnerinnen und Partnern im Gasthof „Jäger“ im Heppenheimer Ortsteil Erbach zu einer kleinen Feierstunde in gemütlicher Runde. Natürlich wird dabei auch für das leibliche Wohl gesorgt. Seniorenpräsident Wilfried Seibel freute sich, unter den Gästen auch die neue Bergsträßer Polizeichefin Cornelia Ludwig, die Leiterin der Polizeistation Heppenheim, Gabi Retfig, die Frauenbeauftragte Rosemarie Wittekind und deren Vertreterin Uschi Hesse begrüßen zu können.

Traditionell zieht er bei dieser Veranstaltung auch eine Bilanz über das abgelaufene Jahr. Dabei erinnerte er nicht nur daran, dass Johnny Zahrt vor 33 Jahren die Idee zur Gründung der Pensionärsvereinigung hatte, sondern auch an dessen heute noch gültiges Motto: „Zu der äußeren Uniformierung darf nicht noch eine innere Uniformierung hinzukommen“. Sowohl die Polizei als auch ihre Pensionäre sollten sich weltoffen geben, sollten interessiert sein an dem, was in dieser Welt geschieht.

Seit dem Herbsttreffen 2007 hatte es ein Nikolauskegeln gegeben, das „Walter-Heil-Gedächtnis-Turnier“ im Kegeln gegen den Heppenheimer Club „AH 72“, der wieder einmal den Wanderpokal für sich beanspruchen konnte. Einige Kollegen hätten am Pensionärstreffen des Polizeipräsidiums Südhessen teilgenommen und an verschiedenen Veranstaltungen der GdP-Bergstraße.

Die Kegeltermine würden auch 2008 und 2009 wieder durchgeführt, der sich bei Klaus Adler und

Ferdi Woßyk dafür bedankte, dass sie bei den Keglern das Amt des „Tafelschreibers“ übernommen hätten. Für das Frühjahr 2009 sei ein „Grillfest der besonderen Art“ geplant und für 2010, zum 35jährigen Bestehen der Pensionärsvereinigung, solle ein dreitägiger Ausflug organisiert werden. Lob galt auch der GdP-Zeitschrift „Polizei-Report“, wo immer ausführlich über die Aktivitäten der Bergsträßer Senioren berichtet worden sei. gdp



**Plaudern in gemütlicher Runde, Senioren beim Herbsttreffen. ws**



Auch in diesem Jahr veranstalteten die Bergsträßer Polizeipensionäre wieder ihr traditionelles Nikolauskegeln. Präsident Wilfried Seibel, links, hatte dazu eigens aus seiner nordhessischen Heimat „aale Wurst“ geholt und anstelle von Weihnachtsplätzchen seinen Kollegen spendiert. WS



# Klein aber oho

## „Hepprumerin“ Maria Müller feierte 80. Geburtstag

Sie ist nicht irgendeine, Maria Müller, gebürtige und bekennende Heppenheimerin, die im August des vergangenen Jahres ihren 80. Geburtstag feiern konnte. Zwar ist sie nicht besonders groß (lang), was sich bei der Gratulation zeigte, als der Bergsträßer Seniorenpräsident Wilfried Seibel neben ihr stand, sie ist aber „oho“, wie der Volksmund sagt. Gemeinsam mit Helmut Lehne überbrachte er die Glückwünsche der GdP, wo Maria Müller seit 30 Jahren Mitglied ist. Er überreichte ihr als kleines Geschenk auch einen Polizei-Teddy und eine Flasche Bergsträßer Rotwein. Maria Müller war von 1973 bis zur Rente bei der Heppenheimer Polizei als Verwaltungsangestellte beschäftigt. Durch ihre kompetente Art, hat sie sich viel Respekt verschafft. Das musste auch der damalige Chef, Walter Heil, anerkennen.

Dass die Jubilarin mehr kann als nur bei der Polizei zu arbeiten oder sich als Rentnerin auf die faule Haut zu legen, das konnte man an der Zahl der Gratulanten bei der Ge-



**Helmut Lehne, Mitte, und Pensionärspräsident Wilfried Seibel gratulierten Maria Müller im Namen der GdP zum 80. Geburtstag. ws**

burtstagsfeier im Feuerwehrstützpunkt Heppenheim sehen. Zu den Gratulanten zählte Bürgermeister Gerhard Herbert, Hermann-Josef Herd, der Pfarrer von St. Peter. Der Kirchenchor von St. Peter brachte dem Geburtstagskind ein Ständchen. Es gratulierten aber auch der

Gesangverein 03 Heppenheim, die Senioren der Kolpingsfamilie, der CDU-Arbeitskreis Bergstraße und der Heppenheimer Frauenbund. Überall ist Maria Müller noch aktiv. Da kann man nur den Hut ziehen und anerkennend sagen: „Klein aber oho“.

gdp/ws

## Für das Alter vorsorgen

### GdP-Seminar „Vorbereitung auf den Ruhestand“ gut angenommen

Als reges Frage- und Antwortspiel entpuppte sich das zweitägige GdP-Seminar „Vorbereitung auf den Ruhestand“ in Tann in der Rhön. 46 Teilnehmer, darunter 14 Lebenspartnerinnen, genossen die Gastfreundschaft im Gasthaus „Krone“, die familiäre Atmosphäre und die ausgezeichnete Verpflegung. Die meisten Teilnehmer waren aus Nordhessen (13) und Südhessen (10) gekommen, gefolgt von Südosthessen (6), Mittel- und Westhessen (je 5). Der Rest verteilte sich auf die BZG Osthessen (4), Frankfurt (2) und PZBH (1). Gekommen waren auch die Vertreter des Landesseniorenvorstandes, um mit den Kolleg/innen zu diskutieren. Dazu bot sich der Abend an, bei einem Glas Rotwein oder Bier.

#### 23 Fragen vor der Pensionierung

Hermann Müller und Norbert Weinbach hatten sich den ersten Teil des Seminars geteilt. 23 Fragen hatte Weinbach angesprochen. Das ging los mit der Frage nach dem Pensionsanspruch, den man sich von der GdP ausrechnen lassen kann. Den Stand ihres Rentenkontos erfahren Tarifbeschäftigte von der Rentenversicherungsanstalt. Die Gestaltung des Übergangs vom aktiven Arbeitsleben in die Rente geht unter anderem mit Altersteilzeit. Man solle Erwartungen an den neuen Lebensabschnitt überdenken, mit dem Partner, der Partnerin absprechen. Auch der letzte Arbeitstag ist wichtig. Nehme ich einfach meine Urkunde entgegen oder lade ich ein zu einer kleinen Feier.

#### Mit Veränderungen umgehen

Spätestens mit 60 Jahren sollte man sich Gedanken machen über das Alter, sollte wissen, was im Körper vorgeht, sollte wissen, wie alte Menschen in Deutschland leben, welche Hilfen sie bekommen können. Demoskopie und Gerontologie dürfen keine Fremdworte mehr sein.

Dazu kommt, dass man schneller altert, wenn man wenig tut. Körperliche Bewegung ist ebenso wichtig wie geistiges Training. Man kann sich ehrenamtlich engagieren, nicht nur für die GdP oder im Sportverein. Es gibt Bildungsangebote, z.B. Volkshochschule, Theater oder Kino sind eine echte Abwechslung. Man kann sich auf Reisen weiterbilden und man kann alte oder auch neue Hobbys intensiver pflegen. Die Kinder sind meist groß aber Enkelkinder freuen sich durchaus auch auf

einen Urlaub bei Oma oder Opa. Die Möglichkeiten, aktiv zu sein, sind fast unbegrenzt, wenn es Gesundheit und Finanzen erlauben.

### Leben im Alter

Die Frage ist auch: Wie will ich im Alter wohnen? Brauche ich noch das große Haus in dem ich mit den Kindern gelebt habe. Wird mir der Garten zu groß? Kaufe/miete ich eine kleinere (nicht zu klein) Wohnung, ein kleineres Haus? Will ich wirklich ins warme Süds Spanien umziehen oder anderswo, wo sich schon viele „Alte“ niedergelassen haben? Erinnert sei an den Spruch: Einen alten Baum verpflanzt man nicht“. Das gilt nicht für die Heimatstadt, wenn man in eine andere Wohnung zieht. Das gilt auch nicht unbedingt, wenn man in die Nähe der Kinder zieht, wenn familiäre Bindungen wichtig sind und man dort einen neuen Freundeskreis aufbauen kann. Ans Pflegeheim muss ein Jungpensionär nicht gleich denken. Die Frage sei aber erlaubt, ob er/sie sich schon einmal mit der Frage „Betreutes Wohnen“ auseinandergesetzt hat. Das kann vor allem für Alleinlebende schon früh eine Alternative sein.

### Vorsorge treffen

Wichtig ist auch, Vorsorge zu treffen für Krankheit, Notfall, Todesfall.



Sehr gut besucht war das GdP-Seminar „Vorbereitung auf den Ruhestand“ in Tann/Rhön. nw

Versicherungen überprüfen kann Geld sparen. Ein Testament vermeidet Erbstreitigkeiten (neue gesetzliche Regelungen). Ein Betreuungsverfügung und Vorsorgevollmacht sind notwendig, wenn ich plötzlich selbst nicht mehr entscheiden kann (hier wird im Moment eine gesetzliche Neuregelung diskutiert). Und nicht vergessen sollte man auch, dass eventuell vorhandene Finanzen so gut angelegt sind, dass sie zwar Zinsen bringen, nicht aber durch eine Finanzkrise zunichte gemacht werden.

### Körperlich fit halten

Über körperliche Fitness durch Sport und gesunde Ernährung informierte Hermann Müller die angehenden Pensionär/innen/Rentner/innen. Als einst aktiver Fußballer kennt er die verschiedenen Möglichkeiten, sich sportlich zu

betätigen, sei es im Verein oder im Fitness-Studio. Dazu gehöre aber auch eine gesunde Ernährung. Zuviel Fett sei ungesund, führe zu Fettleibigkeit und eventuell zu Diabetes. Obst, Gemüse, Salat gehörten zu einer gesunden Ernährung, ebenso wie eine ausreichende Aufnahme von Flüssigkeit. Zwei bis drei Liter Wasser, Obstsaft (möglichst Direktsäfte) oder auch Tee solle pro Tag trinken. Es sei auch nicht verboten, hin und wieder ein gutes Stück Fleisch zu essen, ein Glas Wein oder ein Glas Bier zu trinken. Das Leben müsse schließlich auch Spaß machen. Zu viele Süßigkeiten, Zucker, Kuchen seien ebenso wenig gesundheitsfördernd wie zu viele industriell hergestellte Nahrungsmittel.

nw

## Und damit ging's bergab

### Mediziner und Beihilfeexperte geben den Senioren Tipps

Der Schlagertext „Und damit ging's bergab“, verkündet eine für Menschen durchaus unangenehme Wahrheit. Lebenskräfte werden aufgebaut bis etwa zum 25. Lebensjahr. Danach zehrt der Mensch von den vorhandenen Kräften. Es erfolgt ein kontinuierlicher Abbau bis zum Lebensende. Zwischen dem 40. und 50. Lebensjahr werden die ersten Symptome spürbar. Man braucht länger, um Krankheiten zu überwinden und die ersten Gelenkverschleißerscheinungen machen sich bemerkbar. Leistungsgrenzen werden deutlich. Mit diesen Feststellungen zeigte der Allgemeinmediziner Klaus Freudenberg beim GdP-Seminar „Vorbereitung auf den Ruhestand“, wie es um ältere Men-



Hilfe im Umgang mit der Beihilfe vermittelte Gerhard Kaiser von der Beihilfestelle in Hünfeld. nw

schen bestellt ist. Jetzt sei der Zeitpunkt, zu lernen, die körperlichen Leistungsanforderungen den tatsächlichen Gegebenheiten anzupassen. Bei jedem Menschen lägen die Schwachstellen woanders. Entscheidend sei, den Lebensablauf anzunehmen und sein Verhalten danach auszurichten.

### Gesundheitsvorsorge

Der Schlüssel zur Gesundheit sei eine möglichst gesunde Lebensweise, erklärte der Mediziner. Es sei nie zu spät, damit anzufangen, auch wenn die gesellschaftlichen Lebenszwänge dies erheblich erschweren. Dazu gehöre auch der Schichtdienst, der den biologischen Tag-Nacht-Rhythmus störe. Not-



wendig sei es, auf die Signale des Körpers zu hören, Beschwerden ernst nehmen, um größere Schäden zu vermeiden. Das alte Sprichwort „Wer rastet, der rostet“, stimmt noch immer. Nur wer sich bewegt, kann sich auch noch bewegen. Klaus Freudenberger hielt ein Plädoyer für altersabhängige sportliche Betätigung, um die Beweglichkeit von Sehnen und Gelenken zu erhalten. Auch das Herz-Kreislauf-System müsse trainiert werden, da das Herz ein Muskel sei, der viele Körperfunktionen regelt.

### Gesunde Ernährung

Noch ein Sprichwort. „In einem gesunden Körper wohnt ein gesunder Geist“. Wer sich körperlich fit hält, hat es auch leichter, geistig fit zu sein und so z.B. der Altersdemenz entgegenzuwirken. Um gesund zu sein, muss man sich auch gesund ernähren. Übergewicht mache insbesondere im Alter dem Menschen zu schaffen, belastet den Bewegungsapparat und das Herz-Kreislauf-System. Übergewicht hängt direkt mit dem Fettgehalt der Nahrung zusammen. „Fett macht fett“. Basis gesunder Ernährung sind Kohlehydrate wie Kartoffeln, Reis, Nudeln, Getreideprodukte, Gemüse und Obst zum Sattessen (Sättigungsbeilage hieß das in der ehemaligen DDR). Milch-, Fleisch- und Fischprodukte nimmt man zum genießen. Öle, Fette, Zucker und Honig nur zum Verfeinern von Speisen.

Dazu kommen Nahrungsergänzungstoffe wie Vitamine und Sekundärvitamine sowie Mineralien sind wichtig für die körpereigenen Abwehrkräfte. Die Vitamine B, D, E sind im Alter besonders wichtig. Und dazu kommt noch regelmäßiges und ausreichendes Trinken. Zwei bis drei Liter Flüssigkeit am Tag, auch zum Entgiften der Nieren, sind notwendig. Wasser ist dabei das beste Getränk. Alkohol und Nikotin sollte man meiden. Und zur gesunden Ernährung gehört auch die geistige Regsamkeit. Das Gedächtnis kann durch vielerlei Methoden trainiert werden. Gedichte auswendig lernen sind eine schöne Übung. Das Internet bietet auch gute Möglichkeiten.

### Ärztliche Vorsorgeuntersuchung

Nicht umsonst bezahlen die Krankenkassen ab einem gewissen Alter bestimmte Vorsorgeuntersuchungen. Die können verhindern, dass Krankheiten auftreten, führen dazu, dass man sie rechtzeitig entdeckt und behandelt. Informationen dazu gibt es bei den Krankenkassen und bei den Hausärzten. Es gibt Vorsorgeuntersuchungen für Männer und Frauen. Auch Krebsvorsorge ist Bestandteil der Untersuchungen. Wichtig sei auch, auf einen ausreichenden Impfschutz zu achten. Wichtige Impfungen seien die gegen Wundstarrkrampf, Grippe, Lungenentzündung, Diphtherie und Hirnhautentzündung.



Als Fachmann für medizinische Vorsorge im Alter erwies sich der Arzt Klaus Freudenberger, rechts, daneben die Mitglieder des Seniorenvorstands Hermann Müller, Karl Rückershäuser, Rolf De-genhard. nw

### Beihilfe nicht alleine machen

Der Beihilfesatz erhöht sich nach der Pensionierung um zehn Prozent. Da bei Anträgen zur Beihilfe die Stichtagsregelung gilt, also der Tag, an dem man die Beihilfe eingereicht hat (auf die Ein-Jahres-Frist achten), kann man ganz legal die Rechnungen des Jahres vor der Pensionierung einreichen. Dadurch kann man eventuelle Verluste (Beihilfe deckt nicht alles ab) minimieren. Auch solche Tipps gab Gerhard Kaiser, Experte der Beihilfestelle in Hünfeld beim Seniorensseminar. Wichtig sei auch, rechtzeitig jemanden zu bevollmächtigen, Beihilfeanträge zu stellen, falls man selbst aus gesundheitlichen Gründen dazu nicht mehr in der Lage sei. Anträge gebe es bei der Beihilfestelle. Gerhard Kaiser machte auf Fallstricke aufmerksam beim Zusammentreffen von Rente

und Pension, wo man schnell den Beihilfeanspruch verlieren könne. Hier müssen sich alle Betroffenen sachkundig machen. Das gilt auch für die beihilfeberechtigten Ehepartner. Es sei gut, wenn man der Beihilfestelle eine Kopie der Pensionierungsurkunde schicke. Manchmal vergäßen Dienststellen, das zu melden und dann gebe es eben nicht zehn Prozent mehr Beihilfe. Wichtig sei auch, beim ersten Antrag nach der Pensionierung den „langen“ Antrag auszufüllen. Pro Tag würden in Hünfeld und Kassel etwa 2000 Beihilfeanträge von 130 Beschäftigten bearbeitet. Seien Anträge nicht unterschrieben, würden sie zurückgeschickt. Kaiser informierte, dass Heilkuren auch im Alter noch mög-

lich seien und wie sie bezuschusst würden. Im Todesfall eines beamteten müsse der Versorgungsstelle die Sterbeurkunde eingereicht werden. Statt eines Sterbegeldes würden noch zwei Monatsgehälter bezahlt. Bei Ehegatten oder Kindern, für die kein Sterbegeld gezahlt werde, gebe es pauschale Beihilfen für die Bestattungskosten (661 Euro), und auch für Überführungskosten bis zu 700 Kilometern (nicht am Ort). Gerhard Kaiser informierte über Beihilfemöglichkeiten für gesetzlich Versicherte, für Tarifbeschäftigte, für Kinder in Schule und Ausbildung. Ein besonderes Thema ist die Pflegeversicherung über die man bei einem nächsten Seminar gesondert informieren müsse. Telefonisch beantwortet das Kundenzentrum der Beihilfestelle Kassel werktags, außer freitags, viele Fragen, Telefon 0561-106-1550. Die besten Zeiten zum Anrufen seien dienstags bis

donnerstags zwischen zwölf und zwei Uhr.

### Seminarkritik

Viel Lob gab es von den Teilnehmer/innen für das Seminar insgesamt, insbesondere aber für die bei-

den Referenten. Man habe mit ihnen angeregt und informativ diskutieren können, ihr Fachwissen sei ausgezeichnet. Bei einem nächsten Seminar solle man sie wieder einladen. Angeregt wurde, dass die GdP eine Art Checkliste erstellen solle,

was sich bei Pensionierung/Rente für den/die Betroffene/n ändert. 2009 wird es wieder ein allgemeines Seniorenseminar geben, hat der Vorstand beschlossen. nw

## Ohne Schnabeltasse und Windel

### Betreutes Wohnen – GdP erfüllt Antrag B65 (Berlin, 2007) mit Leben

Rollstuhl, Alzheimer, Inkontinenz, Schnabeltasse, Windel, Hilflosigkeit, Demenz, viele Begriffe gehen den Menschen durch den Kopf, wenn sie das Wort "Betreutes Wohnen" hören. Irgendwie verbinden sie es immer mit Pflegebedürftigkeit. Dabei ist es genau das Gegenteil, die möglichst lange Erhaltung der Selbstständigkeit älterer Menschen (Senioren) in den eigenen vier Wänden in einer privaten oder öffentlichen Wohnanlage.

"Betreutes Wohnen" soll folgende Kriterien erfüllen:

- 1 eine barrierefreie seniorenrechtliche Architektur
- 1 selbstständiges Wohnen mit eigener Haushaltsführung
- 1 Unterstützung bei der persönlichen Lebensgestaltung
- 1 freie Wahl von Dienst- und Hilfsangeboten
- 1 wenn möglich, leben im seitherigen sozialen Umfeld

"Betreutes Wohnen" schließt die Lücke zwischen ambulanter Hilfe und stationärer Pflege. Es ist keine Vollversorgung in einer eigenen Wohnung und es ist auch kein "Pflegeheim", auch wenn Wohnanlagen für "Betreutes Wohnen" oft mit Pflegeeinrichtungen gekoppelt sind. Es ist gedacht für Senioren (ab 60 Jahre), die ihren eigenen Haushalt noch selbstverantwortlich führen können, selbst wenn eine Behinderung vorliegt. Die Grenzen beginnen bei zu hohem Pflegeaufwand in der eigenen Wohnung und beim Verlust der Fähigkeit, eigenverantwortlich zu handeln.

"Betreutes Wohnen" heißt, leben als Mieter/in oder Eigentümer/in in einer Wohnanlage, deren Wohnungen seniorengerecht entwickelt und



Alle Wohnungen in der Caritaseinrichtung haben einen Balkon. NW

gebaut worden sind, heißt es in einer Broschüre der Stadt Mannheim. Man kann nach Bedarf hauswirtschaftliche und pflegerische Dienste in Anspruch nehmen, hat für den Notfall einen "Notruf" rund um die Uhr zur Verfügung und durch die Mitwirkung und Einbindung in die Hausgemeinschaft wird einer Vereinsamung und Isolation vorgebeugt. Dadurch ergibt sich auch eine größtmögliche Sicherheit für alle Bewohner/innen.

#### DIN 77800 Betreutes Wohnen

Eine gesetzliche Bestimmung für den Begriff "Betreutes Wohnen" gibt es nicht, wohl aber eine Norm, DIN 77800. In einigen Bundesländern wird auch ein Qualitätssiegel vergeben nach den Schwerpunkten Bauwerk, Grundservice, Wahlservice, Vertragsgestaltung. Das sind Begriffe, die, unter anderen, auch bei DIN 77800 auftauchen. Es gibt aber weder eine Vorschrift, dass sich solche Wohnanlagen nach DIN zertifizieren lassen müssen (es kostet Geld), noch dass sie ein Qualitätssiegel erwerben müssen. Unter dem Begriff "Betreutes Wohnen" werben Anbieter sozialer Hilfsorganisationen wie

Caritas, Arbeiterwohlfahrt, Johanner (siehe Paritätischer Wohlfahrtsverband) und Private um Kunden. Nicht alle Angebote sind seriös. Aber auch nicht alle seriösen Anbieter lassen sich zertifizieren, weil sie eigene Qualitätsansprüche haben und Interessenten erlauben, vor Abschluss eines Vertrages, alles genau zu überprüfen oder überprüfen zu lassen.

#### Warum befasst sich die GdP mit "Betreutem Wohnen"?

In der Begleitschrift zu DIN 77800 schreibt Holger Mühlbauer (und so etwas findet man auch in großen deutschen Illustrierten und Tageszeitung), dass "Betreutes Wohnen", es gibt auch die Begriffe "Service-Wohnen" (Caritas) oder "Begleitetes Wohnen", für ältere Menschen eine enorme Konjunktur erlebt und sich zur quantitativ bedeutendsten neuen Wohnform im Alter in Deutschland entwickelt hat. "Das Betreute Wohnen ist ein zukunftsweisendes Wohnkonzept"

Auch der Bundesseniorenvorstand hatte sich des Themas angenommen und beim 23. Ordentlichen Bundeskongress der GdP



2007 in Berlin wurde der Antrag B65 angenommen. Der Bundesvorstand wurde beauftragt, in Kooperation mit dem Deutschen Bundeswehrverband eine Beteiligung an dem dort in Planung befindlichen Projekt "Betreutes Wohnen" anzustreben und bei dessen Zustimmung solle eine AG der GdP-Senioren Anforderungen und Ziele für diese Initiative erarbeiten.

Mittlerweile hat aber auch der Bundeswehrverband erkannt, dass er sich wohl mit dem Ziel übernommen hat, zum Beispiel eigene Projekte "Betreutes Wohnen" in ehemaligen Bundeswehrkasernen zu verwirklichen. Ein positives Beispiel dieser Art gibt es seit vielen Jahren in Hamburg, die "Stiftung Veteranenheim Deutscher Soldaten". Derartige Projekte sind heutzutage kaum zu stemmen, geschweige denn zu finanzieren. Deshalb hat sich der Bundeswehrverband darauf verlegt, entsprechende Projekte zu prüfen und seinen Mitgliedern zu empfehlen. Er stellt sie in seiner Zeitschrift auch immer wieder vor.

(z.B. "Älter werden – aktiv bleiben" von der Bertelsmann Stiftung / "Ihre Rechte als Heimbewohner/innen" / "5. Altenbericht" / "Neues Wohnen, Beratung und Kooperation für mehr Lebensqualität im Alter", alle drei vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend / "DIN 77800, Qualitätsanforderungen an Anbieter der Wohnform Betreutes Wohnen für ältere Menschen" vom Deutschen Institut für Normung) und gesichtet (jeder hat mindestens einen Ordner voll) und bei unserer ersten Zusammenkunft diskutiert. Dabei haben auch wir schnell erkannt, dass es nur darum gehen kann, Projekte kennen zu lernen, zu prüfen und sie unseren Kolleg/innen zu empfehlen.

### Projektbesichtigung

Die Senioren des Landesbezirks Berlin beschäftigen sich schon längere Zeit mit dem Thema "Betreutes Wohnen" und so konnte Klaus Kulick auch viel Vorarbeit leisten für die AG. Auf seine Empfehlung hin besichtigte die AG im Oktober in Ber-

gen, die in einem anderen Trakt untergebracht sind. Im Mietvertrag sind lediglich der 24-Std.-Notruf und der Hausmeisterservice enthalten. Mieter können sich aber verschiedene Serviceleistungen (Essen, Wäsche waschen, Besorgungen usw.) dazu kaufen. Diese Leistungen müssen nicht bei der Caritas gekauft werden, werden von ihr aber angeboten. Wichtig sei, möglichst lange die Privatsphäre der älteren Menschen zu erhalten. Die Grenze werde gezogen, wenn eine gewisse Demenz vorliege mit Eigen- oder Fremdgefährdung. Auffallend sei, dass in den vergangenen Jahren immer mehr Männer zugezogen seien.

Rainer Elsmann (zuständig für den Servicebereich) informierte über die verschiedenen Angebote für die Bewohner von Servicewohnen und für die im Pflegebereich, z.B. regelmäßige Treffen zur Kommunikation, Freizeitangebote, bis hin zu Reisen nach Mallorca, mit und ohne Angehörige, religiöse Angebote für Katholiken und Protestanten. Die Caritas-Altenhilfe nehme grundsätzlich alle Menschen auf, ohne Ansehen der Religion, sei aber als Tochter der Caritas eine christliche Einrichtung. Es gebe auch Gemeinschaftsräume, die von den Bewohnern für Feierlichkeiten "gemietet" werden könnten, da ihre Wohnungen für eine größere Gästeschar zu klein seien. Auch ein "Hotel" mit begrenzter Bettenzahl stehe für Besucher zur Verfügung.

Pflegedienstleiterin Sigrid Malinowski führte uns durch den Pflegebereich. Auch hier stehe die Menschenwürde vorne an. Die Achtung der individuellen Eigenheiten der Bewohner/innen sei oberstes Ziel. Man versuche, ihnen Hilfe zur Selbsthilfe zu geben. Jeder Person werde eine Bezugsperson aus dem Pflegebereich zugeteilt. Alle Hilfseinrichtungen, die für eine Pflege, bis zu Pflegestufe 3, notwendig seien, seien in dem Haus vorhanden. Auch die Frage der Finanzierung wird von der Caritas geregelt.

Claudia Appelt und Christiane Sievert informierten uns außerdem über die durchgeführte Pflegedokumentation, das Qualitäts- und das



**Die Wohnungen in der Caritaseinrichtung sind nach den Wünschen der Mieter eingerichtet. NW**

### Arbeitsgruppe

Der Bundesseniorenvorstand hat eine Arbeitsgruppe "Betreutes Wohnen" gebildet, die im August erstmals in Brodenbach (Mosel) getagt hat. Ihr gehören an: Norbert Weinbach (Vorsitzender, Hessen), Rudi Refinger (Niedersachsen), Rita Bantini (Hamburg), Rainer Blatt (Rheinland-Pfalz), Klaus Kulick (Berlin), Hans Adams (Sekretär, Bundesvorstand).

Wir haben zunächst einmal Material zu dem Thema gesammelt

lin-Charlottenburg das "Seniorenzentrum Kardinal Bensch" der Caritas Altenhilfe gGmbH. Hier informierten Claudia Appelt (Öffentlichkeitsbeauftragte) und Christiane Sievert (zuständig für Servicewohnen) über die Größe des Seniorenheimes, seine Zusammensetzung und seine Funktionsweise. Bei einer Besichtigung des Hauses zeigten sie nicht nur die Zimmer im Bereich Servicewohnen, alle mit Balkon, wo die Bewohner alleine oder zu zweit ganz normale Mietverträge haben, sondern auch die Pflegeeinrichtun-

Beschwerdemanagement und über das Leitbild, das vom christlichen Menschenbild geprägt sei.

### Weiteres Vorgehen

Gewappnet mit diesen mehr oder weniger neuen Erkenntnissen aus der Praxis legte die AG fest, dass im März 2008 eine gemeinsame Sitzung mit Vertretern des Bundes-

wehrverbandes durchgeführt werden soll. Das dabei erarbeitete Ergebnis wird dem GBV vorgelegt. Das Konzept muss auf die Länder runter gebrochen werden und die müssen es auf ihre Bezirks- und Kreisgruppen verlagern, da nur dort entsprechende Einrichtungen von sozialen Verbänden oder Privaten besichtigt und überprüft werden

können. Die AG erstellt ein Konzept, was bei einer Besichtigung/Überprüfung beachtet werden muss. Zukünftig sollen überprüfte Projekte in einer Datenbank der GdP zur Verfügung gestellt werden. Eine Garantie könne die GdP aber nicht übernehmen, waren sich alle Teilnehmer der AG „Betreutes Wohnen“ sicher.

Norbert Weinbach

## Deutschlands Kinder

### Viviane Cismak schreibt Geschichten, die unter die Haut gehen

Ich habe schon viele Buchrezensionen im Polizei-Report geschrieben, keines aber erscheint mir für Polizeibeamte/innen so interessant wie das der 17jährigen Darmstädter Gymnasiastin Vivian Cismak.

„Deutschlands Kinder“ heißt der Titel dieses Taschenbuches, das im Wagner Verlag Gelnhausen erschienen (ISBN: 978-3-86683-459-0) und im Buchhandel für 9.90 Euro zu haben ist.

Viviane Cismak schreibt nicht nur ihre eigene Geschichte, schreibt von ihren Wünschen und Sehnsüchten, sie schreibt noch neun andere Geschichten von Kindern die, so wie sie, aus der „Unterschicht“ stammen. Sie schreibt Sozialreportagen über Kinder zwischen zwölf und 18 Jahren, über Kinder aus zerrütteten Ehen, Kinder mit Migrationshintergrund, die sich hier nur schlecht einleben können, von Kindern allein erziehender und oft überforderter Mütter, von Familien, die von Hartz IV oder von unzulänglichen Unterhaltszahlungen leben müssen. Viviane Cismak lebt aber nicht nur, im Rahmen ihrer finanziellen Möglichkeiten, für ihre Schulbildung und ihre Hobbys, sie gibt auch Kindern aus ihrer Nachbarschaft Nachhilfeunterricht, um ihnen bessere Bildungschancen zu ermöglichen.

### Armut, sexueller Missbrauch, Kriminalität

Da ist Marie, die von anderen Mädchen verprügelt wird. Da ist Mira, vergewaltigt vom Stiefvater. Oliver verdient sich sein Taschengeld als Strichjunge. Sabrina leidet unter Mobbing in der Schule, hat keine Hilfe von Lehrern.



„Erfahrungsbericht“ nennt der Wagner Verlag das Buch „Deutschlands Kinder“. Es ist eine lesenswerte Sozialreportage über Kinder und Jugendliche in heutiger Zeit. nw

Jacqueline ist mit 14 Jahren schwanger. Achmed muss sich selbst bestätigen als Schläger, der alte wehrlose Menschen verprügelt. Aaron ist ein Junge, der unter Magersucht leidet, es aber nicht wahrhaben will, weil so etwas nur Mädchen bekommen. Cindy ist 14 Jahre alt und Pornodarstellerin. In Deutschland gilt man ab 14 Jahren nicht mehr als Kind, also ist das, was Cindy gemacht hat, keine „Kinderpornografie“. Tim Leon probiert es mit dem Verkauf von Drogen.

Was Viviane Cismak hier beschreibt ist eine Sozialgeschichte über Kinder in der heutigen Zeit, kein Schickmicki-Roman. Jede Geschichte ist am Ende mit Statistiken hinterlegt, Statistiken, die uns als Polizei die Augen öffnen, die uns zeigen, warum solche Lebensläufe entstehen, warum Kinder und Ju-

gendliche so handeln, warum die Gewalt bei Jugendlichen wächst.

### Ein Buch für Polizisten und Politiker

Dies ist ein Buch, das ich nicht nur Jugendsachbearbeitern empfehlen möchte, sondern allen Schutzleuten im Dienst rund um die Uhr. Sie werden mit diesen „Kindern“ konfrontiert, mit deren Familienverhältnissen, müssen ausbaden, was Politiker versaubert haben. Dies ist ein Buch, das unsere Politiker lesen sollten, jene Menschen, die in einem Wolkenkuckucksheim wohnen und sich nicht verantwortlich fühlen, für das, was sie mit Hartz IV und ihrer verfehlten Sozialpolitik anrichten, die soviel Geld haben, dass sie sich nicht vorstellen können, wie es ist, wenn man mit weniger als 400 Euro im Monat über die Runden kommen muss. Nicht umsonst hat das Bundessozialgericht festgestellt, dass die Sätze für Kinder willkürlich und viel zu niedrig sind, dass Hartz IV-Kinder vom gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen werden. Lesen sollten es auch Kommunalpolitiker, die Jugendzentren aus finanziellen Gründen schließen, die Schulen verkommen lassen, die keine Sozialarbeiter (Streetworker) einstellen wollen, die zu hohe Gebühren für Kindergärten verlangen und nichts tun zur Integration ausländischer Mitbürger, vor allem für deren Kinder.

Eines dürfen wir nicht vergessen. Diese Kinder leben nicht irgendwo, sie leben mitten unter uns, auch wenn wir es nicht immer erkennen.

Norbert Weinbach



# Informationen der GdP-Frauengruppe

## 90 Jahre Frauenwahlrecht in Deutschland

Am 12. November 1918 erhielten die deutschen Frauen im Zuge der Novemberrevolution das Wahlrecht. Kurz darauf wurde das Wahlrecht per Gesetz (Reichswahlgesetz vom 30. November 1918) fixiert. Mit der Wahl zur Deutschen Nationalversammlung am 19. Januar 1919 konnten Frauen in Deutschland erstmals auf nationaler Ebene ihr Wahlrecht nutzen.

## Benachteiligung von Frauen in der Polizei

### Neues Schwerpunktthema der Frauengruppe (Bund) 2009 – 2010

Die Benachteiligung von Frauen in der Polizei soll im kommenden Jahr im Mittelpunkt der Arbeit der GdP-Frauen stehen. Das beschloss der Vorstand der Frauengruppe auf seiner letzten Sitzung Anfang September in Teistungen. Entgeltgleichheit im öffentlichen Dienst, Karrierechancen für Frauen und die Vereinbarkeit von Beruf & Familie sollen dabei eine herausragende Rolle spielen.

## Entgeltgleichheit im öffentlichen Dienst?

Frauen und Männer im öffentlichen Dienst verdienen bei gleicher Qualifikation und gleicher Eingruppierung gleichviel Geld. Die Aufstiegsmöglichkeiten sind für alle gleich – auf dem Papier. Doch damit endet die Gleichstellung schon!

Von einer gleichen Bewertung der geleisteten Arbeit sind wir allerdings noch weit entfernt. Und der Aufstieg in höheren und höchste Gehaltsklassen und Führungspositionen im öffentlichen Dienst ist nach wie vor überwiegend den Männern vorbehalten. Das ist ein Grund, warum Frauen auch heute in Deutschland noch bis zu 22 Prozent weniger verdienen, als ihre männlichen Kollegen – nur wenige rücken in die Spitzenämter der Laufbahnen auf. Im EU-Vergleich bildet Deutschland mit 15 Prozent weiblicher Führungskräfte im öffentlichen Dienst ge-



meinsam mit Luxemburg das Schlusslicht. Nur wenn sich deutsche Männer partnerschaftlich an Familienarbeit beteiligen und nicht in alten Rollenbildern verharren, nur wenn Frauen die Beteiligung der Männer vehement einfordern und Karrierechancen für sich beanspruchen, lässt sich dieser Zustand ändern!

Das Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend bietet Informationen und Broschüren zum Thema - einfach den Suchbegriff „Entgeltungleichheit“ eingeben: <http://www.bmfsfj.de>. Zur Kampagne „Ich bin mehr wert!“ der DGB-Frauen [www.dgb-frauen.de](http://www.dgb-frauen.de)

## Kindergeld oder Kindergärtnerinnen?

83 Prozent für mehr „Kindergärtnerinnen“ - Halbierung der Kindergartenbeiträge

Was denken Bürgerinnen und Bürger über die Finanzpolitik des Bundes – das sollte eine Studie des Bundesfinanzministeriums im Sommer 2008 ergründen. Die Frage nach Kindergelderhöhung oder mehr Arbeitsplätzen für Kindergärtnerinnen/Erzieherinnen war ein zentraler Aspekt der Umfrage:

„Nach Berechnungen des Finanzministeriums würde es den Steuerzahler rund zwei Milliarden Euro pro Jahr kosten, wenn das Kindergeld um zehn Euro pro Monat erhöht wird. Für die gleiche Summe könnte man 25.000 neue Kindergärtnerinnen/Erzieherinnen einstellen

und zusätzlich die derzeitigen Kindergartenbeiträge halbieren.

Was meinen Sie, wofür die zwei Milliarden Euro eingesetzt werden sollten?“ Die Antwort war eindeutig:

Nur 13 Prozent der Befragten wollten das Geld für die Aufstockung des Kindergeldes nutzen, während 83 Prozent mehr Kindergärtnerinnen/Erzieherinnen einstellen und die Kindergartenbeiträge halbieren wollen. Die Auffassung, dass Investitionen in die Verbesserung der Betreuungsangebote und der Infrastruktur viel mehr bewirken als die individuelle Anhebung des Kindergeldes, ist also weit verbreitet. Dies gilt insbesondere wenn erkannt wird, wie wenig zusätzliche Betreuungskapazität durch eine vergleichsweise bescheidene individuelle Erhöhung des Kindergelds geschaffen werden kann.

## EU plant Änderung der Mutterschutzrichtlinie

### Bundesregierung sieht Nachteile für Frauen

In Deutschland dauert der gesetzliche Mutterschutz derzeit 14 Wochen. In der Regel aufgeteilt in sechs Wochen vor und acht Wochen nach der Geburt. Damit orientiert sich die Regelung an den Mindestanforderungen der EU – und macht Deutschland auch hier zum Schlusslicht in Europa.

Doch derzeit plant die EU-Kommission eine Anpassung der Mutterschutzrichtlinie. Die Kommission arbeitet dabei drei Bereiche raus, in denen Verbesserungen erzielt werden sollten: beim Zeitraum der Freistellung, bei der Höhe der Bezahlung sowie beim Schutz der Frauen, wenn sie an ihren Arbeitsplatz zurückkehren.

Im Kreise der Europäischen Gewerkschaften wird diese Position unterstützt und natürlich um die Fragen von Sicherheit und Gesundheit in dieser Richtlinie ergänzt. Vorgeschlagen wurden eine Verstärkung der Prävention und der Gefährdungsbeurteilung sowie weitere Maßnahmen für stillende Frauen.

Eine der zentralen Änderungen ist die Ausweitung der Mutterschutzfrist auf 18 Wochen. EU-Sozialkommissar Vladimir Spidla verspricht sich von der Verlängerung des Mutterschutzes eine Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf mit dem Ziel, die Quote der Frauen zu steigern, die nach der Geburt eines Kindes schnell wieder an den Arbeitsplatz zurückkehren.

Die geplante Änderung stößt bei der Bundesregierung auf Kritik. Da Frauen in Deutschland während der Mutterschutzfrist 14 Wochen lang das volle Gehalt beziehen, fürchtet die Bundesregierung, durch eine Verlängerung die Lohnnebenkosten signifikant zu erhöhen und Frauen am Arbeitsmarkt zu benachteiligen. Wenn die Frauen dagegen Elternzeit und Elterngeld beanspruchen, erfolge dieses kostenneutral für Arbeitgeber und Krankenkassen und werde über Steuermittel finanziert.

## **Faktorverfahren – neue Regelung zur Ehegattenbesteuerung**

### **Splittingvorteil für Allein- und Zweiverdienerhaushalte in Abhängigkeit vom Haushaltseinkommen**

Im zweiten Anlauf haben Bundestag und Bundesrat mit der Beschlussfassung über das Jahressteuergesetz 2009 noch einmal den Versuch unternommen, die Ehegattenbesteuerung bei Lohnpflichtigen neu zu regeln: Bereits mit dem Jahressteuergesetz 2008 hatte die Bundesregierung das so genannte optionale Anteilsverfahren einführen wollen, um die wenig leistungsgerechte Besteuerung von Ehepartnern, die sehr unterschiedliche Einkommen erzielen und die Steuerklassenkombination III und V gewählt haben abzuschaffen. Dadurch hätten sich die individuellen Nettoeinkommen der Ehegatten stärker angenähert – der besser verdienende Partner hätte ein geringeres, der schlechter verdienende Partner (i.d.R. die Ehefrau) ein größeres Nettoeinkommen erzielt und Lohnersatzleistungen (wie z.B. Eltern- oder Arbeitslosengeld) wären entsprechend höher ausgefallen. Doch das „optionale Anteilsverfahren“

scheiterte an der Kritik der Fachverbände (u.a. DGB, Juristinnenbund) vor allem, weil der Arbeitgeber mittels Lohnsteuerkarte Einblick in die Einkommensverhältnisse der Familie seines Beschäftigten erhalten hätte.

Daher hat sich die Bundesregierung nun für die Einführung des „optionalen Faktorverfahrens“ entschieden, das für beide Ehepartner – auf Antrag – zunächst die Steuerklasse IV zugrunde legt. Wegen des Ehegattensplittings würden dann allerdings im Laufe des Jahres – je nach Einkommenskombination – entweder zu viel oder zu wenig Lohnsteuern entrichtet. Darum wird ein korrigierender Faktor eingeführt, der das prozentuale Verhältnis von tatsächlich geschuldeten Steuern und den Steuern, die bei der Steuerklasse IV anfallen, berücksichtigt. Dieser Faktor wird auf der Lohnsteuerkarte eingetragen. Der Arbeitgeber wendet ihn dann auf die Einkommen der bei ihm Beschäftigten an (Differenz in den Zeileinkommen 20.000 Euro; Steuertarif 2005): Der Splittingvorteil des Alleinverdienerhaushalte steigt stetig an und erreicht ab einem Haushaltseinkommen von 104.394 Euro seinen Höchstbetrag von 7.914 Euro an. Ergebnis: Die Summe der im Laufe des Jahres gezahlten Lohnsteuern für beide Ehegatten entspricht ziemlich genau der geschuldeten Gesamtsteuer im Splittingverfahren. Die Belastung der Ehegatten wird also über den Verlauf des gesamten Jahres korrekt erfasst. Nur wenn sich Einkommen während der Steuerjahre ändern, kann es zu Rück- oder Nachzahlungen kommen.

Mit dem so genannten optionalen Faktorverfahren wird die Steuerlast unter den Eheleuten gerechter aufgeteilt, als dies bei der Steuerklassenkombination III/V der Fall ist. Der Splittingvorteil kommt beiden Ehepartnern zugute, weil der Grenzsteuersatz für beide unter der Individualbesteuerung bzw. der Ledigenbesteuerung liegt.

Der DGB hat das Verfahren bereits begrüßt, fürchtet aber administrative Probleme bei dessen Umsetzung: „Noch einfacher und

gerechter wäre aus Sicht des DGB allerdings eine Lösung, die das Grundübel der Ehegattenbesteuerung, nämlich das Ehegattensplitting, grundsätzlich beseitigt.“

Quelle: Das Ehegattensplitting - Kurzexpertise, hrsg. vom BMFSFJ (November 2006)

## **Das neue Pflegezeitgesetz Freistellung ohne soziale Absicherung**

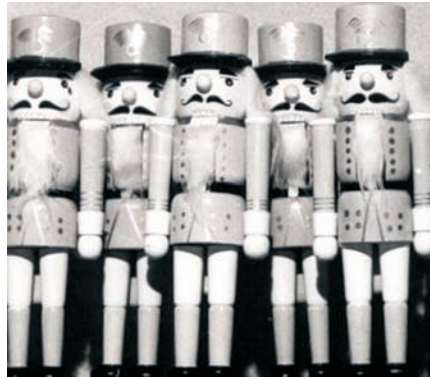
Am 01. Juli 2008 ist das Gesetz zur Pflegezeit (Pflegezeitgesetz) in Kraft getreten. Das Pflegezeitgesetz gibt allen Arbeitnehmern das Recht, sich von der Arbeit teilweise oder vollständig freistellen zu lassen, wenn nahe Angehörige (Großeltern, Eltern, Geschwister, Schwiegereltern, Ehegatten, Lebenspartner u.a.) in häuslicher Umgebung betreut werden sollen. Voraussetzung für eine vorübergehende Freistellung von der Arbeit ist die Pflegebedürftigkeit der zu betreuenden Person. Bei der Freistellung wird unterschieden zwischen kurzzeitiger Arbeitsbefreiung und längerfristiger Pflegezeit. Die kurzzeitige unbezahlte Arbeitsbefreiung von bis zu 10 Arbeitstagen soll dazu dienen, im Falle eines akuten Pflegebedarfs eine sofortige pflegerische Versorgung des Angehörigen sicherzustellen und alles Notwendige zu organisieren.

Die Pflegezeit von bis zu sechs Monaten gibt die Gelegenheit, einen nahen Angehörigen (mind. Pflegestufe I) längerfristig in häuslicher Umgebung pflegen zu können. Diese (unbezahlte) Freistellung kann bis zu sechs Monate währen. Für akut Betroffene mag das neue Pflegezeitgesetz Erleichterung bringen. Aus gleichstellungspolitischer Sicht ist damit allerdings die Gefahr verbunden, Frauen nicht nur wegen Mutterschaft sondern auch aufgrund einer „Pflegef়reistellung“ ohne soziale Absicherung vom Arbeitsleben fern zu halten. Infos für Versicherte und Angehörige zur Pflegereform 2008 beim DGB: Zur Analyse der Friedrich-Ebert-Stiftung Gender in der Pflege - Herausforderungen für die Politik: <http://library.fes.de/pdf-files/wiso/05587.pdf>.



## RÄTSEL

Um 12 Uhr mittags begegnen sich ein Radfahrer und ein Fußgänger. Sagt der Radfahrer: "Ich bin doppelt so schnell gefahren, wie du gegangen bist". Entgegnet der Fußgänger: "Dafür war ich dreimal so lange unterwegs wie du. Zusammen haben wir eine Strecke von 25 km hinter uns gebracht". Um wie viel Uhr ist der Radfahrer weggefahren, wann ist der Fußgänger aufgebrochen, und wie viele Kilometer hat jeder von ihnen zurückgelegt?



## Lösung

Der Radfahrer ist um 11 Uhr abgefahren, der Fußgänger um 9 Uhr aufgebrochen; damit hat der Radfahrer 1, der Fußgänger 3 Stunden gebraucht. In dieser Zeit hat der Radfahrer 10, der Fußgänger 15 km zurückgelegt. In einer Stunde hat der Radfahrer 10, der Fußgänger 5 km hinter sich gebracht. Der Radfahrer ist also doppelt so schnell gefahren, wie der Fußgänger gegangen ist.

Herbert Rothermel



## Städte – Wälder – Wale – Seen Busreise durch den Osten Kanadas



Wir haben auch für nächstes Jahr wieder eine sehr interessante GdP-Reise zusammengestellt. Es geht nach Ostkanada, in die großen Städte Toronto, Montreal, Quebec, Ottawa, zur Walbeobachtung, in die „Wildnis“ und zu den Niagarafällen.

**Reisezeit: 20.08.09 bis 02.09.09**

**Reisepreis: ca. 2.450**

Wer Interesse an der Reise hat, meldet sich mit dem unten stehenden Abschnitt bei folgender Adresse zunächst einmal unverbindlich an, um nähere Informationen zu bekommen.  
Norbert Weinbach, Lindenstr. 7, 64653 Lorsch, Tel.: 06251/52889, Fax: 06251/58 75 23, E-Mail: [norbert.weinbach@online.de](mailto:norbert.weinbach@online.de)

### Anmeldung für die Kanadareise 20.08.09 bis 02.09.09

Name: ..... Vorname: ..... Geb.-tag: .....

Adresse: .....

Tel. privat: ..... Fax privat: .....

Tel. dienstl.: ..... Fax dienstl.: .....

E-Mail: .....

Mitreisende: ..... Geb.-tag: .....

Ort, Datum, Unterschrift: .....

# Vertrauen zur Polizei

## Laut Statistik im Magazin „Stern“ vertraut die Bevölkerung ihrer Polizei

Von einer „Krise des Vertrauens“ spricht Kolumnist Hans-Ulrich Jörges in seinem „Zwischenruf aus Berlin“ im Magazin Stern 7/2009. Und er hängt es auf an dem schwindenden Vertrauen der Bevölkerung in Manager, Politiker und Banker. Mit einer gewissen Ironie kann man da einen Werbeslogan der Deutschen Bank aus den 90er-Jahren lesen: „Vertrauen ist der Anfang von allem“.

Veröffentlicht wird in dieser Kolumne auch eine Statistik, zu wem die deutsche Bevölkerung das meiste Vertrauen hat. Das Erfreuliche für uns ist, dass die Polizei mit 81 Pro-

zent ganz oben steht. Das ist ein Vertrauen, das wir uns als demokratische Polizei im Laufe der Jahre erworben haben. Das spiegelt irgendwie den alten Slogan „Die Polizei Dein Freund und Helfer“. Das ist für uns aber auch eine große Verantwortung, die wir nicht verspielen dürfen, derer wir uns ständig würdig erweisen müssen. Ein wenig bedauerlich ist, dass Gewerkschaften, die doch für Arbeitnehmer/innen unerlässlich sind, wie sich jetzt in der Wirtschaftskrise wieder zeigen wird, nur mit 37 Prozent genannt werden.

Vorne liegen in der Vertrauensstatistik noch der eigene Arbeitge-

ber (76%), Ärzte und Bundespräsident (74), Umweltorganisationen (64) und die Bundeswehr (61). Ganz hinten finden wir Manager von Großkonzernen (8), politische Parteien (18), Banken (21), nicht aber Sparkassen, deren Vertrauensbonus immerhin bei 54 Prozent liegt, Versicherungen (27) und die Wirtschaft allgemein (32).

Da sollten sich Banker, Manager und Politiker einmal fragen, woran das liegt und ob sie nicht versuchen sollten, das erschütterte Vertrauen der Bevölkerung wieder zu gewinnen. nw

## 2009 - das Jahr schlechter Nachrichten

### Die Kanzlerin als Orakel aus der Uckermark

Das Jahr 2009 wird das Jahr der schlechten Nachrichten – so hat es Angela Merkel (CDU) geweissagt. Vielleicht dachte sie nicht nur an die skrupellosen, immer weit überschätzten Banker oder an mangelhafte, oft auch von ihr hofierte Wirtschaftsstrategen.

Eventuell dachte sie auch an fränkisch-bayerische Quertreiber, wie Seehofer (CSU), der als Bundesminister brav war und nur durch einen vorzeigbaren Seitensprung von sich reden machte, jetzt als Gaufürst aber ständig für Unruhe und Unfrieden in der Regierungskoalition sorgt.

Oder an Ramsauer, Landesgruppenchef der CSU-Abteilung in Berlin, der in der Kriminalstatistik nicht nur die Staatsangehörigkeit, sondern auch die Herkunft von eingewanderten Tatverdächtigen erfasst wissen möchte. „Die Abnahme der Ausländerkriminalität, die immer behauptet wird, ist vor allem dadurch herbeigeführt worden, dass Ausländer durch die Zuerkennung der deutschen Staatsbürgerschaft formal Deutsche geworden sind“, so Ramsauer. Offen ließ der Oberbayer, ab wann seiner Meinung nach einer so richtig Deutscher ist - zweite Generation, dritte Generation? Was ist mit den Szymanskis, Po-



Angela Merkel

dolskis, Kloses, Asamoas und, und, und? Sind das wirklich richtige Deutsche? Oder doch eher die Beckers, Schumachers und Beckenbauers, die in Deutschland zwar keine Steuern zahlen, aber bei denen dafür schon seit Generationen deutsches Blut durch die Adern fließt?

Dem Grundgesetz nach genügt der Pass! Vielleicht sollte Ramsauer mal bei seinem Spezi Koch aus Hessen nachfragen, der hat Erfahrung mit Wahlkampf gegen Ausländer. (Ist eigentlich Obama ein richtiger US-Amerikaner nach der Lesart Ramsauers?)

### KALT, KÄLTER, KOCH

Ich denke bei den schlechten Nachrichten schon zu Beginn des Jahres an den Ausgang der Hessenwahl. Ausgerechnet die Parteien, deren Repräsentanten die Arbeitnehmerrechte lieber beschneiden als zu stärken, die Tarifdiktate als Verhandlungsergebnisse ausgeben und zur Not auch schon mal die Öffentlichkeit belügen, stellen die Parlamentsmehrheit. Klar, es hätte noch schlimmer kommen können. Wenigstens kann die Koch-CDU nicht mehr alleine regieren und sich anmaßen, Hessen als ihr Eigentum zu betrachten. Wie war in einem Leserbrief in einem großen deutschen Magazin zu lesen: „Koch hat uns Hessen schon mehrfach belogen und betrogen, dass sich alle Balken in unseren wunderschönen hessischen Fachwerkhäusern durchgebogen haben.“ Man kann es auch sagen wie der Stern: „KALT, KÄLTER, KOCH“.

Wir verdanken dieses Wahlergebnis, diese schlechte Nachricht, allerdings vier SPD-Abwechslern. Diese „Verantwortungsethiker“, wie Klaus Staack sie nannte, hatten „ihr jäh erwachtes Gewissen absolut gesetzt und damit das Votum der Mehrheit ignoriert“. - „Demokratien und demokratische Parteien funktio-



nieren nur dann, wenn das Mehrheitsprinzip akzeptiert wird.“ Mit „Gewissensentscheidungen“ hatte das alles nichts zu tun.

Bis hierher hat das Orakel aus der Uckermark also schon mal recht gehabt – ein Jahr mit schlechten Nachrichten.

Doch es gibt auch positive Meldungen. Nehmen wir die Regierungsbildung in unserem schönen Hessenland. Ratzfatz hat Jörg Uwe Hahn seinen Spezi Koch über den Tisch gezogen und für seine FDP drei fette Ministerien an Land gezogen. Da hat es sogar in der CDU Leute gegeben, die ihren bisherigen Beinahe-Gott Koch so überdeutlich und öffentlich kritisierten, wie bisher undenkbar. Also, ist das nichts Positives? – Offen praktizierte Meinungsvielfalt statt Duckmäusertum auch in der Hessen-CDU.

### Schon wieder vier Abweichler

Na und dann die Wahl zum Ministerpräsidenten. War das nichts? Schon wieder vier Abweichler – und diesmal nicht bei den linken Chaos-Schwestern und –brüdern sondern bei den sonst so uniformen Christdemokraten (zumindest mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit). War das eigentlich auch eine Gewissensentscheidung oder nur eine banale Misstrauensbekundung? Der Versuch Kochs, die fehlenden Ja-Stimmen mit der Unfähigkeit seiner Parteikollegen beim Umgang mit den neuen Stimmkarten zu erklären, ist schon eine Frechheit. Man muss sich mal vorstellen, was das eigentlich hieße. – Aber, die Nachricht von den Abweichlern war bestimmt keine schlechte – zumindest für mich nicht.

Oder das Ministerinnen- und Minister-Karussell. Da kommt ein Landrat aus Bad Homburg (von mir durchaus geschätzt) nach Wiesbaden und übernimmt das Justizministerium und macht das zig Mal besser als sein „großmäuliger“ Vorgänger. Dann muss die CDU-Alleinregierung ihre Kultusministerin wegen offener Unfähigkeit entlassen und flugs macht der Ex-Landrat aus Bad Homburg das noch mit - und auch noch recht erfolgreich. Nun werden nach der

Wahl mit dem von mir beklagten Ausgang, die Karten neu gemischt und eins zwei drei wird der erfolgreiche Justiz- und Kultusminister plötzlich Sozialminister – „Ministerium für Arbeit, Familie und Gesundheit“ (seine Frau meinte, es entsprechen genau seinen Prioritäten: „An erster Stelle kommt für mich immer die Arbeit, dann in weitem Abstand die Familie und ganz zuletzt die Gesundheit.“ – Ist das eigentlich dann noch sozial? Er vertreibt die angeblich ebenfalls anerkannte Sozialministerin ins Landwirtschafts- und Umweltministerium. Hierfür ist sie natürlich bestens geeignet, kommt sie doch vom Lande und ist auf einem Bauernhof groß geworden. Wir verfügen also in Hessen, besser vielleicht in der Hessen-CDU, über Allrounder, die ihresgleichen suchen. Das ist doch toll, oder nicht? – Oder hat etwa Rainer Brüderle (FDP) Recht, der im Zusammenhang mit der Ernennung des neuen Bundes-Wirtschaftsministers von und zu Guttenberg meinte: „Offenbar genügt es in der Union, dass man lesen und schreiben kann, um Wirtschaftsminister zu werden.“ Aber dann wäre das ja auch eine schlechte Nachricht und das Orakel wäre wieder bestätigt.

### Boris Rhein – Hoffnung aus Frankfurt

Und was erwartet nun uns - bei der Polizei? Nun, man könnte sagen, nichts Neues. Wir behalten „unseren“ Minister – ich hätte fast geschrieben, „hätte schlimmer kommen können“. Ein neuer Staatssekretär (Boris Rhein aus Frankfurt, damit auch die Großstädter jetzt ganz ruhig gestellt sind – Boddenberg ist ja auch schon zum Minister erkoren worden) wird ihn unterstützen – wie hieß eigentlich sein(e) Vorgänger(in)? Da sich Rhein als Innenpolitiker berufen fühlt und sich für noch größere Aufgaben empfehlen möchte, ergeben sich hier vielleicht auch für uns Chancen. Mit jemandem, der auf der Frankfurter Freßgass gern Bratwurst isst, kann man bestimmt geschickt reden. Und wenn Koch endlich in Berlin sein Wesen treibt und Bouffier ihn in Hessen beerben darf und, und ... – da geht doch was!

Mein Resümee: Das Orakel aus der Uckermark hat nur zum Teil Recht. Das Jahr 2009 wird ein Jahr mit vielen schlechten Nachrichten. Aber, es gibt nicht nur die negativen, es gibt auch so la la und sogar auch gute News.

-Macht's Beste draus!

Dieter Kurth



### Bilderbuch

Manchmal fühl ich mich wie ein fast neues Bilderbuch: mit lockendem Einband, neugierig machend, Seite für Seite zu entdecken, zu erobern, um meine Botschaft zu entschlüsseln.

Manchmal fühl ich mich wie ein zerles'nes Bilderbuch: immer noch gern geseh'n, Freude vermittelnd, liebevoll geklebt jede zerschliß'ne Seite, bewahrt vor'm Auseinanderfallen.

Manchmal fühl ich mich wie ein vergess'nes Bilderbuch: von niemandem vermisst, verstaubt im Regal, beiseite gelegt, belanglos, unwichtig, denn wer braucht schon Bilderbücher, wenn es Fernsehen gibt, Video, Gameboy, Moorhuhnspiele? Nicht mal Analphabeten.

Und doch gibt es ihn inmitten der Schnäppchenjäger, der Bilderbücher liebt.

Brigitte Jährling

# Das aktuelle Interview – heute: LPD Jürgen Diehl

Für das aktuelle Interview dieses Reports konnte die Redaktion den Leiter der Abteilung Einsatz des PP Frankfurt, LtPD Jürgen Diehl gewinnen. Er ist wegen seiner bisherigen hessenweiten Verwendung in verschiedenen Führungspositionen den meisten Kolleg/innen bekannt. Als Gesamteinsatzleiter „Flughafenausbau“ erfasst sein planerischer Einfluss flächendeckend fast alle Kolleg/innen in Hessen. Die Fragen wurden ihm von Andreas Grün gestellt.



LPD Jürgen Diehl

**POLIZEIREPORT: Die Einsatzlage Flughafen Frankfurt ist angefallen. Wie beurteilen sie die Einsätze bisher und was ist noch verbesserungswürdig?**

Ich bin mit dem Verlauf der Einsatzlage bisher zufrieden. Die umfassenden technischen, logistischen, organisatorischen und taktischen Vorbereitungen der Hessischen Polizei haben sich ausgezahlt. Gravierende Probleme, die Anlass geboten hätten, grundlegend andere Strategien zu verfolgen, hat es nicht gegeben. Es wurde viel neue Technik - u. a. im Bereich der Versorgung - eingesetzt. Dass es dabei gerade in den ersten Tagen zu Startschwierigkeiten kam, musste einkalkuliert werden. Ich denke, wir haben hinreichend nachgebessert und die Probleme zufrieden stellend gelöst. Durch das engagierte und professionelle Vorgehen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist es m.

1994 wurde Jürgen Diehl nach Abschluss des Studiums an der PFA Münster-Hiltrup zum Polizeirat ernannt – und dann in Kassel und Lich bei der HBP als stellvertretender Abteilungsleiter eingesetzt. Hier war seine besondere Aufgabe der Aufbau einer Bereitschaftspolizeiabteilung sowie die Planung und Durchführung zahlreicher Einsätze in Hessen und in anderen Bundesländern. 1997 wechselte er zur PD Schwalm-Eder, die er mehrere Jahre leitete. Ein besonderer Schritt war die Berufung in die „PG Umorganisation“ im HMdL, wo er an der größten Strukturreform der hessischen Polizei mitarbeitete. 2001 leitete Jürgen Diehl kommissarisch die IV. HBPA in Kassel. 2003 wurde als Polizeidirektor Leiter der PD Marburg.. Doch einmal Reisender, immer Reisender. Jürgen Diehl wurde im Jahr 2006 erneut ins LPP berufen, um an den polizeilichen Maßnahmen nach einem möglichen TE-Anschlag und den Vorbereitungen zur WM 2006 zu arbeiten. Noch im gleichen Jahr kam er wieder nach Frankfurt als LtPD und Leiter des Einsatzstabes. Jürgen Diehl wurde Leiter dieser großen Abteilung, wo er 1978 als Streifenbeamter im Einsatz gewesen war.

E. bisher sehr gut gelungen, dass konflikträchtige Situationen sehr gut gemeistert wurden. An unserer Neutralität sind keine Zweifel angekommen. Bei uns lag die Deutungshoheit der relevanten Ereignisse und der polizeilichen Maßnahmen. Ich bin froh, dass wir keine gewalttätige Eskalation hatten.

**POLIZEIREPORT: Wir haben alle noch die Bilder der schweren Auseinandersetzungen in den 80er-Jahren beim Bau der Startbahn 18 West im Kopf. Die Proteste um den Flughafenausbau 2009 sind mit denen von damals nicht zu vergleichen. Was hat sich verändert?**

Ich glaube, dass es für diesen Veränderungsprozess keinen monokausalen Erklärungsansatz gibt; die Ursachen sind vielfältig und facettenreich. Ausschlaggebend dürften einerseits gesellschaftspolitische und wirtschaftsstrukturelle Gründe sein. Die 80er-Jahre lassen sich nicht mit der heutigen Zeit vergleichen. Zu jener Zeit wurde in vielen Lebensbereichen polarisiert. Der Flughafen wurde damals vielfach noch als Ort der „Elite“ angesehen. Heute gehört „Fliegen“ weitgehend zum Alltag. Daneben scheinen mir gegenwärtig besonders die elementaren Schwierigkeiten der Weltwirtschaft das Thema Flughafenausbau zu überlagern. Andererseits waren die Auseinandersetzungen um die Startbahn 18-West von der

Protestbewegung einer ganzen Region um den Flughafen Frankfurt/M. geprägt. Unterwandert von gewaltbereiten Autonomen und geprägt von einem Hassbild gegenüber der Polizei gab es dann die gewalttätigen Auseinandersetzungen, deren Bilder ich noch gut in Erinnerung habe. Heute haben wir es in erster Linie mit einem bürgerlichen Protest der Bewohner betroffener Kommunen zu tun, die den Rechtsweg beschritten haben und jetzt durch Demonstrationen/Aufzüge ihren Unmut über politische und gerichtliche Entscheidungen in die Öffentlichkeit tragen. Daneben gibt es die Gruppe nicht in der Region wohnender Aktivisten, die durch viele phantasievolle Aktionen, insbesondere im so genannten „Waldbesetzercamp“ versuchen, den Flughafenausbau als Bedrohung und Gefährdung des Alltagsleben darzustellen. Alle Dramatisierungs-, Personalisierungs- und Emotionalisierungsbemühungen dieser Personen waren darauf ausgerichtet, zu mobilisieren und linksextremistische Kreise/gewaltbereite Autonome für gemeinsame Ziele zu gewinnen. Dieses ist den Störern bisher nicht gelungen. Dazu hat sicherlich auch das bisherige Einschreiten der Polizei beigetragen. Ein Initialereignis, das der Polizei ausschließlich die Rolle des Durchsetzers des staatlichen Machtanspruchs zuschreibt, konnte von den Agitatoren nicht konstruiert werden. Das Gegenteil ist der Fall. Die Polizei zeigt sich kommunikativ, sucht den Dialog



und gestaltet ihre Maßnahmen transparent und konsequent.

**POLIZEIREPORT: Viele Kolleg/innen klagten gerade in der Anfangszeit über die für uns nicht nachvollziehbare schnelle Umstellung vom Vier-Schichten-Dienst zum TENF. Wie kam es ohne erkennbare Not dazu?**

Grundsätzlich ist das TENF-Modell geeignet, kurzfristig starke Kräfte der Alarmhundertschaften der Flächenpräsidien in den Einsatz zu bringen. Die Kräfte des „E“-Tages stehen sowohl für den gesamten Tag als auch für die folgende Nacht planerisch zur Verfügung. Nicht differenziert vorliegende und belastbare Lageeinschätzungen vor dem Beginn des Einsatzes am 20.1.09 führten in enger Abstimmung mit dem LPP zu der Entscheidung, vom normalen Vier-Schicht-Rhythmus auf das TENF-Modell umzustellen, um sehr flexibel mit starken Kräften auf mögliche Aktionen reagieren zu können. Nachdem das Lagebild klarer war, hat sich die Gesamteinsatzleitung sehr frühzeitig für den Verzicht auf das TENF-Modell ausgesprochen.

**POLIZEIREPORT: Durch die kurzfristigen Einsätze am Flughafen kam es in der Vergangenheit zu Engpässen bei der Betreuung der Kinder. Die erforderliche Betreuung stellte die Kolleg/innen vor kaum lösbare Aufgaben. Die vom Gesetz vorgegebene Vereinbarkeit von Familie und Beruf geriet ins Wanken. Wie sieht der Gesamteinsatzleiter dieses Problem und wie kann es bestmöglich gehandelt werden?**

In den zurückliegenden Einsätzen am Flughafen wurden nie mehr als das jeweilige Regelkontingent der Alarmhundertschaften der Flächenpräsidien und des PP Frankfurt eingesetzt. Das heißt, mit Ausnahme des PP Frankfurt (fünf Züge) und des PP Westhessen (vier Züge), maximal eine Hundertschaft der übrigen Flächenpräsidien. Gerade durch die Umstellung auf den Vier-Schicht-Rhythmus und das TENF-Modell können diese Alarmhundertschaften in erster Linie aus

Überhangkräften des normalen Tagesdienstes und nur ergänzend aus Kräften im „2. Frei“ bzw. im „E“-Tag gestellt werden. Ich gehe davon aus, dass einzelne Härtefälle durch die jeweiligen Präsidien individuell gelöst wurden. Ein Wanken der gesetzlichen Forderung von Vereinbarkeit von Beruf und Familie kann ich bei weitem nicht erkennen. Zu solchen Fällen muss es schnelle und pragmatische Lösungen geben – für alles andere hätte ich auch kein Verständnis.

**POLIZEIREPORT: Zwischenzeitlich wurde der TENF wieder auf den normalen Dienst umgestellt. Müssen die Kolleg/innen mittelfristig mit einer nochmaligen Umstellung rechnen?**

Mit dem 28.2.09 endet für die Fraport AG die Möglichkeit der Fällung von Waldflächen für den Ausbau des Flughafens. Die Fällarbeiten werden erst am 1.9.09 fortgesetzt. Aufgrund der Erkenntnisse aus der ersten Rodungsphase kann man davon ausgehen, dass sich die Intensität des Protestes maximal wiederholen wird. Diesem können wir mit den Kräften der Bereitschaftspolizei und den Kräften der Alarmhundertschaften begegnen, die uns grundsätzlich aus dem Regelbetrieb zur Verfügung stehen. Insofern kann eine nochmalige Umstellung für die Einsatzmaßnahmen am Flughafen nahezu ausgeschlossen werden.

**POLIZEIREPORT: Wie schätzen Sie die Entwicklung nach dem 31.3.09 ein? Wird es zu einer Dauerlage Flughafen kommen und mit welchen Belastungen müssen die Kolleginnen und Kollegen rechnen?**

Es war im Vorhinein klar, dass die Polizei mit unterschiedlichem Kräfteinsatz über die gesamte Bauzeit hinweg präsent sein muss. Daher wurden auch alle Anstrengungen in Richtung Aufbau einer funktionsfähigen Befehlsstelle, eines nahen Versorgungsstützpunktes für die Einsatzkräfte sowie umfangreicher Infrastruktur, wie zum Beispiel Funkversorgung, unternommen. Absehbar wird diese Dauereinsatzlage jedoch grundsätzlich mit Kräften des

HBPP zu bewältigen sein. Die Gesamteinsatzleitung hat den Kräfteinsatz kontinuierlich reduziert. Ab dem 1.3.09 sollen tagsüber nur noch vier Gruppen und nachts drei Gruppen eingesetzt werden.

**POLIZEIREPORT: Das letzte Wort gehört Ihnen. Was möchten Sie den Kolleginnen und Kollegen noch mit auf dem Weg geben?**

Ich möchte mich schon jetzt bei allen eingesetzten Beamt/innen bedanken. Alle bisherigen Einsätze am Flughafen liefen ohne spektakuläre Zwischenfälle ab. Dies ist letztendlich auch dem besonnenen und verantwortungsbewussten Auftreten der Einsatzkräfte zu verdanken. Ich hoffe, dass die individuellen Belastungen der Kolleg/innen sich in Grenzen halten und niemand bei den weiteren Einsätzen zu Schaden kommt.

**POLIZEIREPORT: Vielen Dank für die Bereitschaft den Kolleginnen und Kollegen das viel diskutierte Thema „Einsatz-Flughafen“ aus Sicht des Gesamteinsatzleiters darzustellen.**

